INFO-VERTEIL 39

Januar 1994

Antifaschistischer Nachrichtendienst, Aussendung Nr.1 - Jänner 1994

Polizei - AAA - NS

Angesichts der uns bekannten Informationen und der letzten faschistischen Anschläge schließen wir auf eine Qualität in der faschistischen Organisierung, die es dringend notwendig macht, diese Informationen an alle antifaschistischen Kräfte und die breite Öffentlichkeit weiterzugeben, weil liberale Medien nicht alle Informationen haben bzw. auch nicht alle Nachrichten abdrucken. Aufgrund der Anschläge hat antifaschistische Berichterstattung jetzt zwar Konjunktur, wir wollen und können uns aber nicht auf eine kontinuierliche Information seitens der bürgerlichen Medien verlassen. Wir werden je nach unserem Wissensstand solche Aussendungen machen.

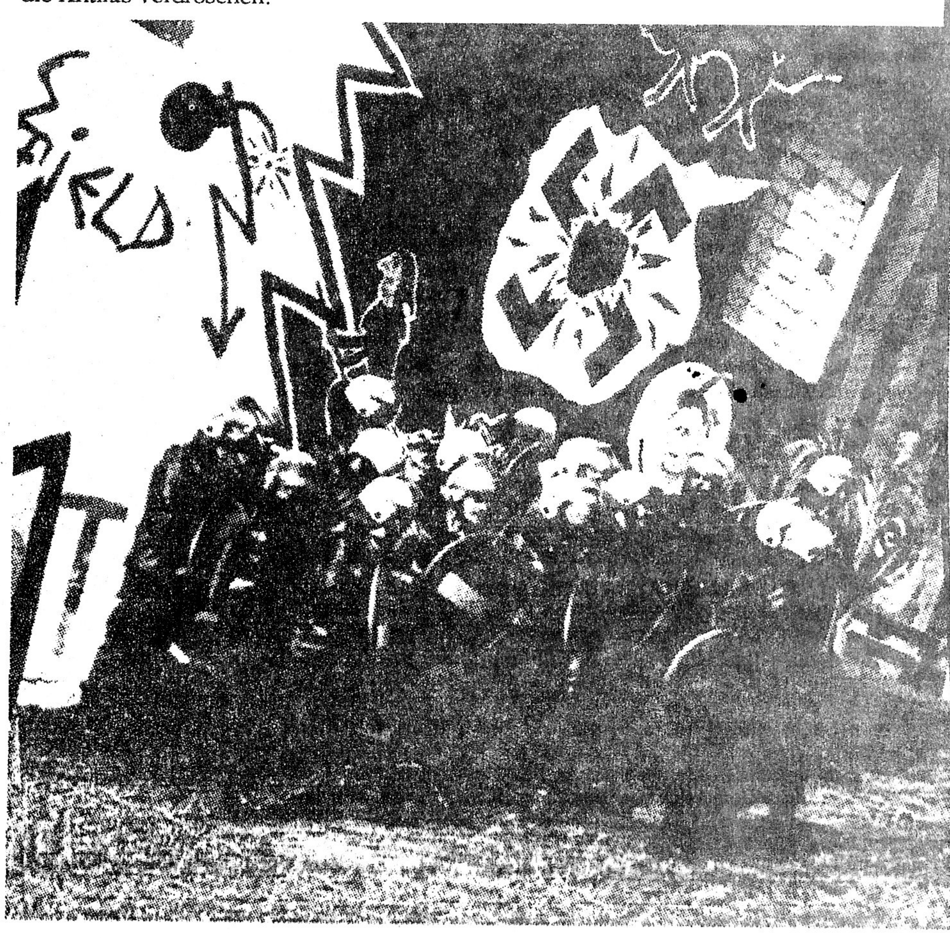
Die Informationen sind überprüft, allerdings können wir aus verständlichen Gründen unsere Quellen nicht öffentlich machen.

[...]

Nachrichtensperre

Innenminister Löschnak hat eine Nachrichtensperre verhängt, angeblich um die Fahndung nicht zu behindern. Zuvor kündigte er den Nazis noch im Mittagsjournal vom Montag [6.12.93] nach den Anschlägen Hausdurchsuchungen ab Mittwoch an. Die Nachrichtensperre soll also verschleiern, daß praktisch keine Fahndung stattfindet.

Um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, daß es keine Widersprüche im Polizeiapparat gibt, sei auch noch erwähnt, daß es sehr wohl seitens einzelner Polizisten immer wieder Anzeigen gegen Küssel und andere Nazis gab, die allerdings immer zurückgelegt wurden. Beim Einsatz zum Schutz der Nazi-Feier in einem Stadtbahnbogenlokal bei der Thaliastraße im Dezember 1993 (ca. 400 Polizisten im Einsatz) kam es zu Fällen von Befehlsverweigerung, weil Beamte sich weigerten, die Faschisten gegen die Antifa-Demo zu schützen, während die Nazis Journalisten aus dem Lokal prügelten und andere Bullen die Antifas verdroschen.



Inhalt

öS 20,-

Abo: Mindestens öS 250,- an: Infoladen Wien

Margaretengürtel 122-124/1/ Keller

A-1050 Wien

Informationen über faschistische Organisationen in der Polizei

● "Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten"

Der Name ist keineswegs zufällig gewählt: er ruft Assoziationen zur "Notwehrgemeinschaft der Bauern" von Robert Dürr (faschistischer FPÖ-Mandatar im Burgenland) wach, die Abkürzung ist Programm: NS. Wir drucken hier ein Flugblatt dieser Gruppe ab, das seit Mai 1993 in vielen Wachzimmern, Kommissariaten, Kasernen hängt. Bisher scheint sich niemand bemüßigt gefühlt zu haben, es abzunehmen. Das Flugblatt ist ein Sammelsurium aus Redewendungen, Thesen etc. von FPÖ (Mölzers "Umvolkung", Dürrs "Notwehrgemeinschaft") bis hin zur VAPO (Küssel, Reinthaler). "OK" bedeutet "organisierte Kriminalität":

Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten

Liebe Kollegen!

Wien, im Mai 1993

Die Grenze des Erträglichen ist für uns nicht nur erreicht, sie ist bereits überschritten. Dies betrifft nicht nur unsere chronische Unterbezahlung, die Dienstzeiteneinteilung und überhaupt unser gesamtes Dienstrecht: das unverhältnismäßig hohe, noch dazu nicht abgesicherte Berufsrisiko, die mangelnde Bereitstellung von Mitteln für den Bereich öffentliche Sicherheit, ja die Sabotage unserer Arbeit von höchsten Stellen aus und damit verbunden die Unmöglichkeit, von unserer Seite dem Anstieg der Kriminalität effektiv entgegenzuwirken... zwingen uns, politisch in Erscheinung zu treten. Daher haben wir uns entschlossen, grundsätzliche Überlegungen über die Stellung des Exekutivbeamten zu seinem Dienst, zu den ihm übergeordneten Behörden und zu der Staatsführung im besonderen anzustellen. Wir haben hier nicht nur - wie jeder unserer Kollegen - die ins Auge springende Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre untersucht, sondern auch nach den Ursachen geforscht und sozusagen "Spurensicherung" betrieben.

Im konkreten Fall möchten wir Euch auf die beiden Beilagen (1. Artikel über die OK in "Illustrierte Rundschau der österreichischen Bundesgendarmerie, Nr.1/1993 und 2. Beitrag über die jüdische Mafia in "Wirtschaftswoche", 8.4.1993) aufmerksam machen.

Unsere Informationen wiederum betreffen das Bindeglied zwischen der OK und österreichischen Regierungskreisen: Dr. Gabriel L█████, wohnhaft in [...], Rechtsanwalt, Jude, Kommunist, Freimaurer, Mitglied der Udo-Proksch-Bande, vermutlich KGB- und Mossad-Agent (siehe Pretterebner, "Der Fall Lucona").

L█████ hat - man hält es nicht für möglich - im Justizausschuß des österreichischen Parlaments an den Beratungen zur Novellierung des NS-Verbotsgesetzes teilgenommen (siehe "Stenographische Protokolle des Nationalrats", XVIII. GP, Beilage Nr.387). Eingeladen wurde er dazu von Justizminister Michalek (Freimaurer), der auch für die Teilnahme von sieben weiteren Verbindungsleuten L█████ verantwortlich zeichnet. Es sind dies:

1. Simon Wiesenthal (richtiger Name: Szymon Wizenthal; Jude; Wiedergutmachungsbetrüger - er ließ in Dokumenten "Jude" auf "Deutscher" umändern, um in den Genuß von BRD-Wiedergutmachung als aus Polen vertriebener Volksdeutscher zu kommen -; des Meineids überführt; der Dokumentenfälschung überführt; Auftraggeber von Mordanschlägen auf alte "Nazis", die die Existenz von "Gaskammern" nicht "gestehen" wollten usw.), 2. Paul █████ (Jude; Präsident der israelitischen Kultusgemeinde in Wien), 3. Ruth █████ (Jüdin; Anwältin der Kultusgemeinde), 4. Dr. Georg █████ (Jude; KP- und Freimaureranwalt; Mitglied der Udo-Proksch-Bande und vermutlich KGB- und Mossad-Agent - siehe Pretterebner, "Der Fall Lucona"), 5. Mag. Brigitte █████ (Jüdin; Mitarbeiterin des "Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands" (DÖW), welches - no na - hauptsächlich aus Juden, Kommunisten und Freimaurern besteht; Zweck des DÖW: Geschichtsfälschung, Anzeigen gegen "Rechtsextremisten", Indoktrination der Schuljugend - für letzteres gibt es einen offiziellen Auftrag des Unterrichtsministeriums), 6. Dr. Dieter █████ (Redakteur beim "Kurier", einer Gründung der amerikanischen Besatzungsmacht - noch immer unter CIA-Einfluß stehend), 7. Dr. Heinrich █████ (Rechtsanwalt - genaueres ist uns nicht bekannt) (1)

Für L█████ und seine Verbindungsleute ist aber nicht nur der Kontakt einerseits zur OK und andererseits zur Regierung (vgl. den Abschnitt über Rechtsanwälte und die Infiltration der Exekutive in Beilage 1), sondern noch ein weiteres Kennzeichen gemeinsam: das Verleumden der Österreicher als fremdenfeindlich und rassistisch, bei gleichzeitiger Kritiklosigkeit dem jüdischen Rassismus in Israel gegenüber. (Ehe nur zwischen Juden erlaubt, Einwanderung nur für Juden gestattet, Palästinenser werden verfolgt, vertrieben, hingemetzelt ...)

Da nun die offizielle Einwanderungspolitik durchaus im Interesse der OK ist, die ja vom "multikulturellen" Chaos nur profitiert (vgl. Beilage 1), die österreichische Regierung zur Gänze aus Freimaurern und zu einem großen Teil aus Juden bzw. Judenstämmlingen (Anm.: Scholten (Pfefferkorn), Busek, Hesoun, Klima, Lacina ... Juden) besteht, ergibt sich nun der zwingende Schluß der Unterwanderung unserer Staatsführung durch die OK. Auch die zahlreichen Besuche von Vranitzky beim Geheimklub der "Bilderberger" (Freimaurergremium; Zusammenschluß der bedeutendsten Politiker, Banker, Industriellen, Zeitungsverleger ... der westlichen Welt; z.B. die Rothschilds, Rockefellers, Agnelli-Fiat ...) sowie seine monatlichen Amerikaflüge, wo er mit dem jüdischen Weltkongreß zusammentrifft, tragen nicht gerade zu unserem Vertrauen seiner Person gegenüber bei.

Folgerichtig will nun auch Vranitzky Straftaten, die von Politikern begangen werden - wie seinen Ausführungen am letzten SPÖ-Parteitag in Wien vor 14 Tagen zu entnehmen war - nicht verfolgen lassen, da diese ja quasi "politische" Delikte seien. (2)

Anders - wie Vranitzky seine Freimaurerbrüder Sinowatz, Gratz und Blecha behandeln lassen will - wird aber gegen sogenannte "Rechtsextremisten" vorgegangen. Hier genügt die Forderung nach Erhebung von Sachbeweisen für die Existenz angeblicher "Gaskammern" im Dritten Reich, um für Jahre hinter Gittern zu landen. Auch das bloße Bekenntnis zum Nationalsozialismus, zu einer Gesinnung also (ohne eine konkrete "staatsfeindliche" Haltung begangen zu haben), wie es beispielsweise Gottfried Küssel getan hat, reicht aus, um jemanden für eineinhalb Jahre in Untersuchungshaft zu halten (Fall Küssel). (3)

Wenn man weiß, daß diese "Rechtsextremisten" immerhin für Recht und Ordnung, für den Schutz der inländischen Bevölkerung und überhaupt für eine Stärkung der Exekutive eintreten, dann wird die Nervosität der OK und der mit ihr verfilzten Regierung verständlich.

Deshalb wurde ja auch das NS-Verbotsgesetz (stalinistisches Sondergesetz aus dem Jahre 1947) novelliert (die Strafausmaße wurden teilweise auf 1 bis 10 Jahre "gesenkt"), um eine Verurteilung von "Gesinnungstätern", die ja bloß ihr Recht auf Meinungsäußerung in Anspruch nehmen wollten, zu erleichtern. Aber lassen wir Simon Wiesenthal, einen der "Experten" des Justizausschusses, in seinem Buch "Recht, nicht Rache" (S.407) selbst zu Wort kommen: "Könnte die Strafe dagegen in Monaten ausgemessen werden, so würde sie auch ausgesprochen ..."

Aus unseren Ausführungen und dem Verhalten der österreichischen Bundesregierung, das für jeden als gegen die Interessen der einheimischen Bevölkerung gerichtet erkennbar ist, ergibt sich für uns folgende Konsequenz:

Erklärung:

Unsere Berufsehre und unsere Überzeugung als Vertreter von Recht und Ordnung - und nicht von "legistischem" Unrecht - gebieten uns, uns in den Dienst unseres Volkes zu stellen. Daher sehen wir von der Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten (NS) uns außerstande, für die Sicherheit der Umvolkungspolitiker zu garantieren, da diese durch ihr verbrecherisches Handeln jede Schutzwürdigkeit ihrer Person verwirkt haben. Wir werden insoferne passiven Widerstand leisten, als wir uns nicht zur Verfolgung politischer Gegner des gegenwärtigen Systems mißbrauchen lassen. Unseren Schutz genießen auch nicht Richter und Staatsanwälte, die die Menschenrechte verletzen und an politischen Hexenjagden teilnehmen.

Mit kollegialen Grüßen

Eure Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten (NS)

Anlage 1: "Prognosen und Trends - Klopft da das organisierte Verbrechen nicht an unsere Tür?", aus: "Illustrierte Rundschau der österreichischen Bundesgendarmerie", Heft 1/1993, S.5-12

Anlage 2: "Luxus à la 'Macintosh' - Ein Geheimdossier der Wiener Polizei berichtet über die diskreten Millionengeschäfte der russischen Mafia in Österreich", aus: "Wirtschaftswoche", Wien, Nr.15/8, April 1993

Anmerkungen:

1. Dem Justizausschuß hätten ausschließlich Experten aus dem Bereich des Verfassungsrechts, der Strafrechtslehre, der Straflegislative, der Justiz und der Sicherheitsbehörden angehören sollen. Somit wurden am 20. November 1991 acht von 21 Ausschußmitgliedern rechtswidrig ins Parlament eingeschleust, um legistische Maßnahmen gegen ihre politischen Gegner - die sogenannten "Neonazis", mittlerweile über 400.000 Österreicher, die das Haider-Volksbegehren unterschrieben haben -, zu beraten. Daß mindestens ein Drittel der Teilnehmer (die erkennungsdienstliche Behandlung der restlichen Teilnehmer hat noch keine eindeutigen Ergebnisse gezeitigt) Juden sind, kann ja wohl nur als Glanzpunkt der österreichischen Justizgeschichte angesehen werden.

2. Ob er hier schon für seine eigene Person vorsorgen will? Denn die Zerstörung der rassischen Eigenart eines Volkes durch "Umvolkung", durch Ansiedlung von Rassefremden, stellt den Tatbestand des Völkermordes laut österreichischem Strafgesetz-

buch dar. Im Kommentar von Foregger/Serini zum StGB ist nämlich ausdrücklich von Begriffen wie "Rasse", "rassisch" und "ethnisch" die Rede. Auch geburtenbehindernde Maßnahmen, wie z.B. die Freigabe der Abtreibung in Österreich - vorgeblich aus Gründen wie "soziale Notlage", welche ja gerade die Regierung über Jahrzehnte hinweg zu beseitigen die Chance hatte - fallen unter den Begriff "Völkermord". Überdies ist das Hereinholen von Fremden und die Zerstörung des geschlossenen Siedlungsgebietes der einheimischen (deutschen, deutschstämmigen bzw. artverwandten) Bevölkerung, da dies die Einheitlichkeit des staatlichen Territoriums in Frage stellt, als Hochverrat zu bewerten.

3. Daß die in Österreich politisch Verfolgten schlimmer als Kriminelle behandelt werden, kann auch im Fall Günther Reinthaler bewiesen werden: fünf Tage, nachdem er im Gefangenenhaus Salzburg gemeinsam mit einem "gewöhnlichen" Kriminellen einen Hunger- und Durststreik wegen seiner menschenrechtswidrigen Behandlung als Untersuchungshäftling begonnen hatte, wurde der Kriminelle auf die Krankenstation verlegt. Reinthaler aber mußte in der "Korrekturzelle" (kein Fließwasser, Stehklo, keine Matratze unter tags) bleiben, bis vor kurzem wurde bei der ärztlichen "Kontrolle" nicht einmal sein Puls gemessen. Der verantwortliche Anstaltsleiter hatte ja erklärt: "Uns ist es egal, ob er stirbt." Hingegen wird jeder Schubhäftling, der einen Hungerstreik beginnt, sofort enthaftet, wenn er nur "verspricht", daß er Österreich verlassen wird.

[Anmerkung Verteiler: Wir haben die Namen der bedrohten Personen mit ■■■■■ unkenntlich gemacht.]

● **"Aktionsgemeinschaft Alarmabteilung" (AAA)**

AAA war eine Todesschwadron in Argentinien, die sich aus Polizisten rekrutierte und tausende Morde am Gewissen hat. Zu einer AAA-Feier vor Weihnachten in Wien erschienen an die 200 Personen, es wurden Nazi-Lieder gesungen und das Personal massiv belästigt bzw. bedroht.

● **"PSV Polizei"**

Auch "PSV Polizei Böhse Onkelz", wobei das O wie bei den Hooligans mit einem Kreuz verziert ist ("Böhse Onkelz" sind eine faschistische Musikgruppe), ist eine faschistische Gruppe innerhalb der WEGA (Wiener Einsatzgruppe der Alarmabteilung) von ca. 50 Leuten. Zu erkennen sind ihre Mitglieder am "Blockheads"-Haarschnitt (bei Einsätzen treten sie vermummt auf), einer ihrer Treffpunkte ist ein faschistischer Wirt im 20. Bezirk.

● **"Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher" (AUF)**

FPÖ-Gewerkschaft der Polizei, kommt bei Personalvertretungswahlen bei der Alarmabteilung auf 70 bis 80%.

In allen diesen Gruppen sind relativ viele höhere Beamte vertreten.

Faschisten bei der WEGA:

● Wolfgang Irschik ist Mitglied der PSV Polizei und AUF, FPÖ-Bezirksrat im 21. Bezirk. Im Februar 1993 kandidierte er außerdem für die FPÖ-Niederösterreich bei der Landtagswahl, und zwar an aussichtsloser Stelle. Der Grund dafür war, daß er dadurch eine Dienstfreistellung für den Wahlkampf bekam - den Rest an "Freistellung" besorgte er sich über Krankenstand -, um für Jörg Haider den Leibwächter zu machen. Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Groß Schweinbarth (NÖ) schlug er gemeinsam mit einem zweiten Polizisten einen 60jährigen nieder, der einen Zwischenruf gewagt hatte. Der Name des zweiten Polizisten ist

● Wolfgang Schröder, auch er ist bei der WEGA, auch er ist bei der AUF. Allerdings ist der Mann seit einem Jahr vom Dienst suspendiert. Schröder hat ein polizeiinternes Fahndungspapier nach einem Zuhälter gestohlen und es einer Prostituierten, die für diesen Zuhälter gearbeitet hat, zukommen lassen. Darauf angesprochen rechtfertigte er sich damit, daß er die Frau dazu bringen wollte, gegen Jack Unterweger (der seit längerem wegen des Verdachts des mehrfachen Mordes an Prostituierten in U-Haft sitzt) auszusagen. Ein Kollege aus dem 15. Bezirk, ebenfalls bei der AUF, hat dann diese Frau zu einer Falschaussage angestiftet, der Bulle ist noch im Dienst, die Frau wurde wegen dieser Falschaussage zu 2 Jahren Haft verurteilt.

● Franz Warisch, Hauptmann bei der WEGA, AAA-Mitglied. Er besitzt im Waldviertel einen abgelegenen Bauernhof, wo Faschisten der Alarmabteilung gemeinsam mit österreichischen und anderen Neonazis Wehrsportübungen abhalten. Gegen Versuche, Warisch aus dem Polizeidienst zu bekommen, hat die FPÖ-Abgeordnete und Richterin Helene Partik-Pablé mit Erfolg interveniert.

● Walter Kaszelics, stellvertretender Abteilungskommandant bei der WEGA, AAA-Mitglied und SPÖ-Personalvertreter, mit Warisch befreundet.

Informationen zu den Ermittlungen wegen der Briefbombenattentate

Falsche Fährten

● Der große Lauschangriff: in den Wochen nach den Attentaten ließ das Innenministerium tausende Telefone von jugoslawischen Staatsbürgern abhören unter dem absurden Vorwand, der serbische Geheimdienst stehe hinter den Anschlägen. Diese These wurde vor Weihnachten noch einmal aus dem Hut gezaubert. Damals fing ein Amateurfunker einen Funkspruch ab: "Bis 24.12. muß Schüller nachjustiert werden". Das Innenministerium behauptete wider besseres Wissen, daß dieser Funkspruch aus Belgrad gekommen wäre (z.B. in "Zeit im Bild", 19.30 Uhr, 19.12.1993). Später wird nur mehr gesagt, die Herkunft sei Jugoslawien. Das ist eine Lüge, denn dieser Funkspruch kam nachweislich aus Zagreb, wohin ein wegen der Briefbombenattentate gesuchter österreichischer Neonazi geflüchtet ist. Caritas-Präsident Schüller ist daraufhin für einige Zeit untergetaucht, weil das Innenministerium nichts zu seinem Schutz unternommen hat.

● Löschnak vertrat eine Weile die These, die Attentate seien von Autonomen durchgeführt worden, damit die Polizei einmal was gegen die Neonazis unternimmt.

● Erst auf massiven Druck seitens der liberalen Öffentlichkeit wurde das Innenministerium gezwungen, die Täter unter den Faschisten zu suchen. So schrieb der Kurier, daß sowohl der Bezug auf Graf Starhemberg als auch die Aufgabeorte und teilweise die Adressen der Betroffenen ganz eindeutig auf Leute verweisen, die sich ausführlich mit dem Krieg gegen die Türken 1683 befaßt haben. Einer der Spezialisten auf diesem Gebiet ist "GÄCK"-Herausgeber Franz Radl jun., der derzeit in U-Haft sitzt. Radl saß bereits im Sommer 1993 eine Haftstrafe ab, damals bekam er u.a. Post mit dem Hinweis "die Briefmarkensache läuft".

Küssel

Dem Innenministerium war bekannt, daß die Nazis für Anfang Dezember 1993 eine Kampagne zur Freilassung von Gottfried Küssel, der wegen Wiederbetätigung in 1. Instanz zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, planten.

Außerdem war bekannt, daß die Wohnung von Küssel nach seiner Verhaftung weiterhin Zentrale der Wiener Neonazis war. Die Faschisten lagerten im Fußboden der Wohnung kiloweise Briefe und Waffen, die bei einer Hausdurchsuchung Wochen nach den Attentaten auch noch aufgefunden wurden. Gerhard Endres, der Küssels Funktion nach dessen Festnahme übernahm, hielt sich praktisch ständig in dieser Wohnung auf, u.a. bedrohte er von dort aus den Richter und den Staatsanwalt der Küssel-Verhandlung telefonisch mit dem Tod. Das Telefon wurde jedoch von der Polizei abgehört und Endres identifiziert.

Die Drohungen gegen Richter und Staatsanwalt sind durchaus ernstzunehmen, aber nicht die einzigen. In einer Nazi-Mailbox in der BRD kursiert eine Todesliste.

Anfang 1994 traf im Innenministerium ein Brief ein. Darin war eine Kapsel mit selbstgemachtem Zyankali und es wurden Giftanschläge angedroht. Der Forderung der Erpresser, Küssel nach Hennersdorf zu fahren und einen Fluchthubschrauber bereit zu stellen, kam das Innenministerium nach. Angeblich scheiterte die Befreiungsaktion deswegen, weil die Erpresser sich nicht mehr meldeten.

"Fahndungspannen"

Das Innenministerium hat zahlreichen Nazis die Flucht ins Ausland ermöglicht: einer der Gesuchten, Albert Ewald Stieber, ist in Schweden bei der VAM (Weißer Arischer Widerstand) untergetaucht, ein anderer in Zagreb, ein dritter, Peter Binder, wurde erst in der Tschechei festgenommen und den österreichischen Behörden übergeben, nachdem er mit einem Waffenarsenal im Kofferraum unbehelligt die österreichische Grenze passieren konnte (während angeblich die größte Fahndungsaktion der 2. Republik lief). Er war unterwegs nach Berlin.

Soligruppe gegen staatliche Anti-Antifa (Wien), FreundInnen und AntifaschistInnen, Berlin, 21.11.1993, Antifa-Infoblatt Berlin (Presseaussendung), Aufbruch der Völkischen.

Berlin: Staatsschutz und Faschisten gegen türkische und kurdische Antifas

Liebe GenossInnen!

Wie ihr beiliegendem Flugi entnehmen könnt, holt der Berliner Staatsschutz samt angeschlossener Öffentlichkeit gerade zu einem Schlag gegen die Antifa aus.

Wir wollen auch hier in Österreich nicht untätig zusehen, umsomehr wir in doppelter Weise auch davon betroffen sind: zum einen besitzt die Wiener "Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" (AFP) beste Kontakte zur "Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DL) (siehe z.B. Konrad Windisch weiter unten; gerade bauen sie auch in Österreich einen "Freundeskreis Gerhard Kaindl" auf), zum anderen sehen wir uns auch in Österreich zunehmenden Repressionen insbesondere gegen Antifas ausgesetzt (z.B. die Demo vom 9.11.1993, die wohl nur als eine einzige Bullen-Provo bezeichnet werden kann).

Und überhaupt: Wir glauben, daß potentiell alle Antifas gemeint sind - egal wo. Denn, daß mensch Fascho-Treffen stört bzw. angreift, ist angesichts der Bedrohung, die von solchen Zusammenkünften ausgeht, eine Selbstverständlichkeit. Und wer von uns kann schon mit hundertprozentiger Sicherheit im voraus sagen, wie das ganze im Falle einer Eskalation dann ausgeht?

Wir wollen also hier eine Soli-Kampagne starten!

Konkret planen wir zunächst eine Infoveranstaltung in Wien. Im Jänner wird ein Film zur DL fertig sein, es werden zwei Genossen aus Berlin kommen, um über die Situation vor Ort zu sprechen.

Falls auch in den anderen Bundesländern daran Interesse besteht - meldet euch bald!

Soligruppe gegen staatliche Anti-Antifa (Wien)

Seit November 1993 sitzen Mehmet, Abidin, Fatma und Erkan im Knast

Mehr als anderthalb Jahre nach dem Tod des Funktionärs der faschistischen DL, Gerhard Kaindl, verhaftete der Berliner Staatsschutz vier AntifaschistInnen und fahndet nach weiteren zehn (1). Die Vorwürfe lauten auf Mord, Mordversuch, Beihilfe und Körperverletzung. Die Ermittlungsbehörden berufen sich auf Aussagen eines angeblich Tatbeteiligten, dessen Identität von den Behörden bislang geheimgehalten wird.

Seit Montag, dem 15. November 1993, durchsucht die Polizei Wohnungen von AntifaschistInnen, ihren Angehörigen und Freunden. Einer verhafteten 22jährigen Kurdin wurde die Dienstwaffe an den Kopf gehalten. Als eine Nachbarin hinzukam, wurde diese ebenfalls mit gezogener Waffe am Kopf empfangen und ihr erklärt, die Beschuldigte sei eine Terroristin. Den Eltern eines weiteren Beschuldigten wurde sinngemäß erklärt, daß ihr Sohn liquidiert würde, falls er im Falle einer Verhaftung Widerstand leisten sollte. Bis 21. November 1993 wurden mindestens 11 Hausdurchsuchungen durchgeführt.

Für Fatma gelten Sonderhaftbedingungen, was absolutes Kontaktverbot, keine Bücher, ständige Kontrolle, 23 Stunden Einschluß und Hofgang allein bedeutet. Bis zum Wochenende hat Fatma keinen Brief, kein Telegramm erhalten, beim bisher einzigen Besuch wurden weder Umarmungen noch Berührungen erlaubt. Über die Haftbedingungen der anderen Verhafteten ist bisher nichts bekannt.

Am 5. Dezember 1993 gab es in Berlin eine Soli-Demo zu den Knästen Moabit und Plötzensee zur Unterstützung der Verhafteten und Verfolgten. Inzwischen wurde mindestens eine weitere Person verhaftet, nach mindestens neun wird weiter gefahndet.

Vorgeschichte

Am 3. April 1992 hielt die DL eine Versammlung ab, in deren Rahmen der "deutsche Dichter" Konrad Windisch ein Referat zum Thema "Ludwig Uhland - Dichter und Patriot" hielt. Nach der Versammlung verlegte sich die Gesellschaft in ein Lokal in Kreuzberg. Mit von der Partie waren u.a. Windisch, Thorsten Thaler, Carsten Pagel, Gabriele Hartung und Gerhard Kaindl. Das Lokal wurde von einigen Vermummten gestürmt und die Faschisten angegriffen. Kaindl wurde im Zuge der Auseinandersetzung erstochen und starb, Thaler wurde schwer verletzt.

Schon damals fanden mehrere Hausdurchsuchungen statt, bekannte Antifas wurden offen observiert. Die Ermittlungen verliefen scheinbar im Sande. Nach mehreren Monaten stand in der Presse, daß die Ermittlungen eingestellt seien. Schon damals war Mißtrauen gegenüber dieser Propagandameldung geboten, denn:

Für die Berliner Polizei stand bald darauf fest, daß die vermeintlich Beteiligten türkischer Nationalität sein mußten, obwohl gleichzeitig betont wurde, daß "die Täter maskiert" gewesen seien.

Damit fand von Polizeiseite eine Vorverurteilung statt, und die Rede war von "einem politisch motivierten Mord". Die Ermittlungen der 20köpfigen Sonderkommission des Staatsschutzes zielten von Beginn an auf die Kriminalisierung von Antifaşist Gençlik (Antifaschistische Jugend). Sie steht auf dem Präsentierteller, weil sie sich als Initiative von türkischen und kurdischen Menschen selbst gegen den Rassismus und Faschismus stellt.

Am 12.5.1992 wurden 12 Wohnungen von türkischen und kurdischen AntifaschistInnen durchsucht und zwei Personen zum Verhör mitgenommen. An der Aktion beteiligten sich hunderte Bullen, die Wohnungen wurden verwüstet, Telefon- und Notizbücher, Bücher, Zeitschriften und sogar schmutzige Wäsche beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden entweder unter psychologischen Druck gesetzt oder zu kaufen versucht (15.000 DM für eine belastende Aussage).

Wer traf sich da am 3.4.1992?

● Die seit zwei Jahren bestehende DL ist eine faschistische Sammlungspartei, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die zersplitterten NS-Gruppen unter einem Dach zu vereinen. In Berlin-Brandenburg ist die Deutsche Liga und die von ihr geleitete Wählergemeinschaft "Die Nationalen" auf das engste verknüpft mit Mitgliedern der verbotenen "Nationalistischen Front" (NF) und deren "Deutscher Alternative" (DA), Oliver Schweigert und Roy Brandt (beide DA), Sven Ruda (früher NA), Thilo Kabus (JN - Junge Nationaldemokraten) kandidierten im Mai 1992 auf den Wahllisten der "Nationalen". Diese Neonazi-Organisationen stehen hinter einem großen Teil der Terroranschläge auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen und fortschrittliche Jugendliche, der 64 Morde und tausenden von Angriffen seit der "Vereinigung". Der Landesvorsitzende der DL, Frank Schwerdt, rechtfertigte das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen als "natürliche und gesunde Regungen in unserem Volk". Nach dem Mordanschlag von Solingen stellte sich heraus, daß drei der Beschuldigten Mitglieder der Solinger Kampfsportschule DHKKV des DL-Mitglieds Bernd Schmitt waren (2). Dieser leitete eine bundesweit organisierte Schlägertruppe für die DL und andere NS-Organisationen.

Frank Schwerdt wurde inzwischen von seiner Funktion als Landesvorsitzender der DL vom Bundesvorsitzenden Harald Neubauer entbunden und ein Parteiausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet. Vorgeworfen werden Schwerdt Kontakte zu verbotenen Parteien, insbesondere die Tatsache, daß Schwerdt sich um die Kandidatur des Bundesvorsitzenden der verbotenen DA, Frank Hübner, bemüht hat und für ihn als Vertrauensperson auftritt.

Zusammen mit den o.a. Organisationen beteiligten sich Mitglieder der DL 1992 an den Versuchen, auf dem brandenburgischen Soldatenfriedhof in Halbe aufzu-

marschieren. Über das von der DL maßgeblich beeinflußte "Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk" (HvFB) werden junge Nazis aus Nachfolgeorganisationen der verbotenen NF sowie Schlägergruppen in Brandenburg geschult. Das Bildungswerk eifert somit der "Berliner Kameradschaft Preußen" nach, mit der es am 24.1.1993 den Schulterschluß vollzog. Auf diesem Treffen beschworen der HvFB-Vorsitzende Karl-Heinz Panteleit (DL) und die Anmelderin des alljährlichen Aufmarsches am Volkstrauertag in Halbe, Dr. Ursula Schaffer, die künftig enge Zusammenarbeit. Nach dem von der Polizei unterbundenen Großaufmarsch in diesem Jahr sprach der brandenburgische Innenminister Alwin Ziel von einem hohen konspirativen Organisationsgrad der verschiedenen NS-Parteien und Gruppen untereinander.

Die Linie der Partei führte in jüngster Zeit vermehrt zu Parteiaustritten. Der Abgeordnete der Bremer Bürgerschaft, Hans Altermann, bestätigte in einem telefonischen Interview mit dem Antifaschistischen Infoblatt Berlin diese Einschätzung. Er erklärte, daß die DL "im Osten rumfährt und Glatzen sammelt" und daß er den Kurs dieser Partei nicht mehr mittragen könne.

● Konrad Windisch, geb. 21.8.1932, Wattgasse 3/12, 1160 Wien, ist seit 1963 Schriftleiter der AFP-Zeitschrift "Kommentare zum Zeitgeschehen". Er wurde mindestens zweimal wegen neonazistischer Artikel verurteilt, trotzdem erhielt er 1980 den "Paula-Grogger-Preis" des Landes Steiermark. Bis 1986 war er Österreich-Redakteur der Zeitschrift MUT. Ein geplantes Referat ("Nationale Wende oder multikulturelles Ende?") für die AFP in der Koppstraße 74, 1160 Wien, am 9.11.92 wurde durch eine Antifa-Demo verhindert. (3)

● Eine Traueranzeige wegen Kaindl, deren Abdruck von den meisten Zeitungen abgelehnt wurde, unterzeichneten VertreterInnen verschiedener faschistischer Organisationen: Carsten Pagel (HvFB), Frank Schwerdt (DL), Rita Bönisch (Republikaner), Lutz Reichel (NPD), Peter Gehre (Fraktion Hohenschönhausen der DSU), Bernd Witte (Wählergemeinschaft Die Nationalen). Die Anzeige erschien u.a. in DESG-inform 5-6/92 (Deutsch-Europäische Studiengesellschaft, Hamburg, Verantwortlicher: Heinz-Dieter Hansen, Hamburg, Druck: druck + text GmbH, Koblenz.).

● Laut der Fascho-Zeitung "Europa vorn" vom 15.4.1993 wurde in Berlin auf Initiative des "Hoffmann von Fallersleben Bildungswerks" (HvFB) ein "Förderkreis Gerhard Kaindl" gegründet, Motto: "Ich werde andere Wege finden, um für deutsche Interessen einzutreten" (nach einem Zitat von Kaindl im Herbst 1991), Mitglieder sind u.a. Klaus Motschmann und Herbert Bath. Wie geschrieben, auch in Wien wurde ein solcher "Förderkreis" gegründet.

Zusammenarbeit von Bullen, Faschos und Presse

Offensichtlich ist, daß Ermittlungsergebnisse des Staatsschutzes an die DL weitergegeben wurden: Thorsten Thaler ist im Jänner 1993 aus der DL ausgestiegen. Laut eigenen Angaben hat er von zwei Berliner Staatsschützern 1992 in Kiel Daten über die angeblichen Täter erfahren, ihm wurde eine Karteikarte mit dem Foto eines Betroffenen vorgelegt. Die Einschätzungen des Berliner Staatsschutzes fanden sich danach in verschiedenen Publikationen des Neonazi-Netzwerkes wieder ("Nation" 1/2 1993, "Berlin-Brandenburgische Zeitung der Nationalen" 3/1992, "Nachrichten des Studentenbund Schlesien" 2/1993, "Nation und Europa" 11/12 1993 usw.). Die DL meldete in ihrer Parteizeitung (Deutsche Rundschau - 10/92), daß "sämtliche acht Täter ermittelt" seien. Die Nazis erklärten, auch die "Namen und Anschriften der türkischen Mörder" seien ihnen bekannt, und alle Beteiligten seien "Antifaşist Gençlik" zuzuordnen. Der Artikel endete mit der offenen Drohung "wir kriegen Euch alle".

Jetzt wird in den Medien mit Überschriften wie "Mord an Rechtsextremist ist geklärt" (Tsp vom 20.11.1993) schon im Vorfeld abgeurteilt. Die Vorreiterrolle in dieser Kampagne hat dabei der Tagesspiegel, der sich zuletzt sogar auf die Justizsprecherin berief. Im deutlichen Kontrast zu den Verharmlosungen, die wir aus den Prozessen gegen Faschisten kennen, werden hier die bisher über zehn Durchsuchungen mit sichtlicher Genugtuung begleitet. Unrecherchiert wird die These einer türkischen Antifa-Gruppe übernommen, die für den Tod Kaindls verantwortlich sein soll. Stets wurde und wird von Medien, Polizei und Justiz der angeblich unpolitische Hintergrund von faschistischen Morden betont, die Einzeltäter-Theorie vertreten oder gar Verständnis verbreitet. Während also angeblich in diesem "Fall" alles klar, der vermeintliche Mord aufgeklärt ist und die Faschisten offen drohen können, ist in anderen Fällen die Berliner Polizei weitaus "vorsichtiger" mit Anschuldigungen; immer dann, wenn es sich um Täter aus den Reihen des Nazi-Spektrums handelt. Am Sonntag, dem 21. November, war es genau ein Jahr her, daß der Antifaschist Silvio Meyer auf einem Friedrichshainer U-Bahnhof umgebracht wurde (4). Damals trat die Berliner Polizei mit einem falschen Obduktionsergebnis an die Öffentlichkeit und behauptete, das Messer, mit dem Silvio getötet worden war, sei sein eigenes und der Täter hätte aus Notwehr gehandelt. Obwohl die drei später verurteilten Täter direkt aus dem Judith Auer-Club kamen, der zu dieser Zeit einer der wichtigsten Rekrutierungsorte auswärtiger und Berliner Neonazis war, wurde ein politischer Hintergrund von vornherein ausgeschlossen. Von vornherein ausgeschlossen wurde auch eine Anklage wegen Mord. In der Hauptverhandlung wurde den angreifenden Faschos bescheinigt, daß sie nicht in Tötungsabsicht gehandelt hätten und es die angegriffenen Antifas waren, die provoziert hätten, weil sie nicht weggelaufen sind.

Kaindl-Mord: „Wir kriegen euch alle!"

In der Nacht zum 4. April 1992 wurde der 47jährige Familienvater und Funktionär der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", Gerhard Kaindl, in einem Berliner Lokal ermordet und ein anderer Gast des Lokals lebensgefährlich verletzt. Die Polizei hat inzwischen die acht Täter ermittelt. Sie gehören allesamt der türkischen Gruppe „Antifasist Genclik" („Antifaschistische Jugend") an. Zwei der Täter sind vorerst in der Türkei untergetaucht.

Wie die Ermittlungsbehörden herausbekommen haben, war der Überfall im April durchaus keine spontane Aktion. Die Täter arbeiteten mit anderen türkischen Verbrecherorganisationen zusammen und haben sich auf diesen Mord planmäßig vorbereitet. Über rechte Aktivisten wurden und werden Informationen auch aus deren Privatleben zusammengetragen. So auch über Gerhard Kaindl.

Wie es der Zufall so will: die Namen und Anschriften der türkischen Mörder sind inzwischen bekannt. Es gibt rechte Kreise in unserer Republik, die sich sehr dafür interessieren, wer denn ihren Kameraden Kaindl umgebracht hat.

In Berlin gibt es Wände mit vielen schönen Sprüchen. Ganz häufig anzutreffen ist einer. Er lautet: „Wir kriegen euch alle!"

Ch. Sy.

"Deutsche Rundschau", Okt. 1992

Wir werden auch in Zukunft nicht weglaufen!

Sofortige Freilassung aller Gefangenen!

Schluß mit der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!

Lückenlose Aufklärung der Kontakte zwischen Faschisten und Staatsschutz!

Knastkundgebungen an der Plötze und in Moabit am 5.12.93, achtet auf Ankündigungen!

Noch mal grundsätzlich: Keine Aussagen bei Polizei und Justiz, keine Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden, keine Spekulationen und Gerüchte ...

Tod dem Faschismus!

Anmerkungen: (1) Zum Tod von Kaindl und den darauffolgenden Verhaftungen siehe Vert.Nr.29/Teil 2 (Juli 1992); (2) Zu den Morden in Solingen und den faschistischen Verbindungen in diesem Zusammenhang siehe Vert.Nr. 35 (Juli 1993); (3) Zum 9.11.1992 siehe Vert.Nr. 32 (Dez. 1992), über Windisch und AFP - die Funktion der AFP als Bindeglied zwischen FPÖ und militanten Neonazis sowie zu deutschen faschistischen Gruppen - siehe auch "Aufbruch der Völkischen" von W. Purtscheller; (4) Zum Mord an Silvio Meyer: Vert.Nr. 32 (Dez. 1992);

Nachtrag zur Knastdemo vom 5.12.1993

Interim 265 9.12.1993

Hallo!

Der beiliegende Brief ist ein Beitrag eines Genossen, der sich zur Zeit wegen der Ermittlungen im "Fall Kaindl" versteckt halten muß. Er sollte auf der Knastkundgebung am Sonntag, 5.12.1993 vor Moabit vorgelesen werden. Vor Moabit deswegen, weil wir es für ratsamer hielten, einen Brief einer gesuchten Person nicht gleich anfangs vor der Plötze zu verlesen, weil ja eventuell die Bullen das als Anlaß nehmen könnten, Streß zu machen, z.B. den Lautsprecherwagen zu durchsuchen oder derlei Scherze. Ein Verlesen am Ende der zweiten Kundgebung fanden wir risikoloser, weil die Bullen das so schnell sicher nicht geschnallt hätten (die normalen Bereitschaftsbullen sowieso nicht), und bis dann ein Einsatzbefehl vorgelegen hätte, wäre die Kundgebung schon längst vorbei gewesen.

Es kam aber anders. Der Brief ist überhaupt nicht verlesen worden.

Wir haben den Brief rechtzeitig an den Lautsprecherwagen weiterleiten lassen. Wir wissen auch, daß er dort angekommen ist. Wir halten unser Vorgehen für der Sache angemessen. Es wird wohl keine/r verlangen, daß jemand auf ein Plenum geht, sich vorstellt und sagt: "Hallo, ich habe Kontakt zu A., der sich versteckt, er wünscht sich, daß ein Brief von ihm verlesen wird." Ist doch wohl logisch, daß wir diese Angelegenheit so diskret wie möglich abwickeln müssen.

Diejenigen, auf die wir angewiesen waren, haben sich gegen das Vorlesen entschieden. Wir sind darüber wütend und enttäuscht.

Ein Brief eines Gesuchten auf einer Knastkundgebung wäre ein schönes Zeichen gewesen, daß wir die Leute nicht allein lassen, daß sie gewissermaßen unter uns sind, und eine aufmüpfige Geste an Justiz und Repression: "Wenn ihr die Leute sucht, dann sprechen sie über unsere Mikros, vor euren Knästen!"

Wir fragen uns, was in den Köpfen der Leute im Lautsprecherwagen vorgeht, daß sie nicht in der Lage sind, den Beitrag kurzfristig mit reinzunehmen, notfalls dafür auch einen der Redebeiträge der UnterstützerInnen von draußen etwas zu kürzen (es waren ja sehr viele Beiträge).

Soviel Flexibilität und Courage muß doch drin sein, andernfalls fragen wir uns, wo ihr hinwollt mit eurer Unterstützungsarbeit, wenn da stur und bürokratisch das Programm runtergespult wird, damit auch ja alles seine Ordnung hat und keine Unbefugten mit reinfunken und die Leute, um die es eigentlich geht, bleiben dabei auf der Strecke.

Den Leuten, die sich jetzt verstecken müssen, wird somit eine der letzten Möglichkeiten genommen, sich öffentlich zu äußern, eine Möglichkeit, auf die unser Freund gezählt hat.

Das stinkt zum Himmel, auch zum autonomen. Mit einem derartigen unsolidarischen Verhalten haben wir nicht gerechnet.

Es ist ein erschreckender Niedergang der politischen Kultur, wenn es nicht möglich ist, daß auf einer autonomen Kundgebung ein Brief eines von den Bullen gesuchten Genossen verlesen wird.

Wir sind uns sicher, daß ein solches Verhalten weder im Sinne der Gesuchten, noch im Sinne der Leute, die im Knast sitzen, ist.

A.s Freunde und Freundinnen

A.s Brief

Als einer derjenigen, die wegen des sogenannten Kaindl-Mordes gesucht werden, möchte ich mich aus meinem gegenwärtigen Exil an Euch wenden. Da mein Name bis jetzt noch nicht veröffentlicht ist, bitte ich Euch mir nachzusehen, daß dieser Brief nicht unterschrieben ist.

Nun also: was ist passiert? Nachdem der Staatsschutz über anderthalb Jahre mit seinen Ermittlungen nicht vorankam, fand er nun einen Jugendlichen, der bereit war, mit einer Aussage sich und dreizehn andere zu belasten. Damit hat der Staatsschutz die Möglichkeit, über einen Kronzeugen gegen die Linke vorzugehen, wie er es über zehn Jahre schon nicht mehr konnte. Das Ziel ist die Zerschlagung des antifaschistischen Widerstandes.

Schon seit Jahren sprechen Geheimdienstkreise in diesem Land von der großen Gefahr, die von der antifaschistischen Bewegung für dieses Land ausgeht. Ein Höhepunkt der staatlichen Kampagne gegen die Antifa war die Hetze im Anschluß an den Heuchlerauftritt von Kohl, Weizsäcker und Konsorten am 8. November 1992, bei der tausende antifaschistische Menschen die Verlogenheit der Herrschenden vor den Augen der Welt bloßstellten. Sofort forderten sie für Pfiffe und Eierwürfe Haftstrafen, wie sie für die faschistischen Schläger und Mörder bis dahin noch von keiner staatlichen Stelle gefordert wurden.

Deutlich wurde damals eine Bedrohung für diesen Staat durch die antifaschistische Bewegung, die sich auch leicht daran erkennen läßt, daß als einziges zu Antifa-Demos schnell Tausende mobilisiert werden können, wohingegen es in anderen politischen Bereichen schwierig geworden ist, eine relativ bemerkbare Demo hinzukriegen. Daß vor allem Jugendliche, oft 14jährige aus den Schulen zu den Antifa-Demos kommen, betrachten die Herrschenden nur mit noch größerer Sorge, dieser Bedrohung versuchen sie mit einer Gegenkampagne Herr zu werden.

Diese jahrelange Kampagne ließe sich in einer endlosen Liste aufzeigen, aber dafür ist hier nicht der Platz; der bis jetzt letzte Baustein in dieser Kampagne ist der Angriff auf die kurdisch/türkische Gruppe Antifaşist Gençlik, die es als einzige politische Gruppe in den letzten Jahren schaffte, an die 1000 Jugendliche zu Veranstaltungen zu mobilisieren. Nach dem Tod Kaindls im China-Restaurant war für den Staatsschutz sofort klar, daß die "Täter" nur in dieser Gruppe zu suchen sind.

Beabsichtigt und jetzt versucht wird die Zerschlagung einer Gruppe, die sich um ausländische Jugendliche bemüht. Jugendlichen, zumal ausländischen, wird in dieser Gesellschaft keine Perspektive geboten. Das einzige, was diese Gesellschaft ihnen bietet, sind alltägliche Erniedrigungen, die vom Staat noch gefördert werden. Die Logik des Staates ist zwingend: Eine Gruppe, die in diesem Sumpf von Erniedrigung und Terror den Jugendlichen die Perspektive bietet, Menschen sein zu können und die die Hintermänner für die alltäglichen rassistischen Verbrechen aus ihrem Dunkel zieht, diese Gruppe ist hochgradig staatsgefährdend und muß zerschlagen werden.

Einzig aus diesem Grund kam dem Staatsschutz bis jetzt nie in den Sinn, woanders die Verantwortlichen zu suchen als bei Antifaşist Gençlik. Wie wichtig ihnen die Zerschlagung gerade dieser Gruppe ist, zeigt die Tatsache, daß sämtliche persönlichen Daten von Menschen im Umkreis von Antifaşist Gençlik an die Faschisten weitergegeben worden sind, mit dem Ziel, daß Antifaşist Gençlik wenn nicht juristisch, so doch durch die Liquidation einzelner zerschlagen werden kann. Diese Tatsache trägt schon die Merkmale von Todesschwadronen, wie wir sie aus El Salvador, aber auch aus dem Norden Irlands kennen. hier zeigt sich die extremste Form der Zusammenarbeit von Staat und Faschisten.

Doch selbst dieser Schritt half ihnen nicht, Antifaşist Gençlik zu zerschlagen. Der neue, dritte Versuch läuft jetzt über den Aufbau eines Kronzeugen. Es ist dabei egal, was die Ermittlungen bis hierher ans Licht gebracht hatten. Der Widerspruch der jetzigen Konstruktion zu den Aussagen der ZeugInnen, von der Anzahl der Beteiligten über deren Nationalität bis dahin, daß jetzt auf einmal auch Frauen beschuldigt werden, soll bedeutungslos werden angesichts der Aussagen eines Kronzeugen.

Daß bei dem Versuch der Zerschlagung von Antifaşist Gençlik auch Deutsche ins staatliche Verfolgungsvisier geraten, liegt in dem Bemühen, im Umkreis von Antifaşist Gençlik die Solidarität zu blockieren. Frei nach dem Motto: Je mehr Verfolgte, je breiter die Repression, desto größer der Druck und umso schwächer die Solidarität. Dabei haben sie sich die zu verfolgenden Menschen gut ausgesucht, gehören doch alle Verfolgten zu einem Spektrum, mit dem etliche aus der autonomen Szene ihre Schwierigkeiten haben. Dies gilt für alle, für die deutschen wie für

die ausländischen verfolgten AntifaschistInnen.

Bevor der Staatsschutz zuschlug, wußte er genau um die Streitigkeiten unter uns und konnte auf eine schwächere Solidarisierung hoffen. Ich meine damit die Vorfälle von Hoyerswerda, von dem diesjährigen 1. Mai, aber auch weiter zurückliegende Streits wie im Anschluß an die Antifa-Demo bei Schultheiß in der Hasenheide oder die Kiezdemo 1989. Wir haben hier alle Auseinandersetzungen geführt, die weit über eine Diskussion um unterschiedliche Vorstellungen und Herangehensweisen hinausgingen und eher mit Grabenkämpfen verglichen werden können. Diese Grabenkämpfe schaden uns aber. Sie führen zur Zerfleischung mit dem Resultat, daß sich viele Außenstehende angewidert von uns allen abwenden.

Solch ein Zustand ist ein willkommener Nährboden für den Staatsschutz, mindestens eine der beteiligten Gruppen zu zerschlagen. Ich hoffe, daß wenigstens jetzt die Grabenkämpfe beigelegt werden und rufe Euch auf, eine offene und ehrliche Diskussion zu führen, bei der die Akzeptanz einer unterschiedlichen Sichtweise immer spürbar ist. Laßt uns streiten, aber einander nicht bekämpfen! Die Linke ist seit Jahrhunderten immer mit den Idealen von Wärme, von Nähe, von Zuhören und Solidarität angetreten, aber diese Ideale haben wir in den letzten Jahren getreten. Das Resultat ist schmerzlich, immer weniger Menschen auf unseren Demos und jetzt die Repression des Staates. Egal aber wie unterschiedlich wir sind, wir stehen alle auf der selben Seite der Barrikade und gegenüber erhebt sich langsam, aber dafür sicher die Fratze des IV. Reiches.

Die Linke in Deutschland muß höllisch aufpassen in diesen Zeiten, wenn sie nicht untergehen will. Die unterschiedlichen Ansätze, sei es von einigen an der Oberbaumbrücke oder beim Olympia-Flop, sei es bei der PDS in Bischofferode oder bei der MLPD im Ruhrgebiet, im antifaschistischen Widerstand genauso wie im antiimperialistischen, müssen nicht in Feindschaft gegeneinander stehen. Die Anti-Olympia-Kampagne hat auch nach 1989 gezeigt, daß breite Bündnisse möglich und erfolgreich sind.

Ein wichtiges Terrain für solche Bündnisse wird der antifaschistische Widerstand sein. Nutzt die Solidaritätskampagne für uns als einen Schritt hin zu solch einem Bündnis! In nächster Zeit wird sich die Lage in diesem Land noch weiter verschärfen. Die wirtschaftliche Krise wird mit ihrer sozialen Katastrophe in absehbarer Zeit nicht überwunden werden. Der einzige Ausweg für diesen Staat liegt in einer Militarisierung der Gesellschaft, einhergehend mit Krieg, Nationalismus und Männlichkeitswahn. Das Säbelrasseln hat erst begonnen, die 60 Toten des faschistischen Terrors in vier Jahren seit dem Fall der Mauer sind erst der Anfang. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, muß die Linke sich zusammenschließen, sonst "wird der Tod des Orpheus wiederholt", nicht "im großen Stadion", auch nicht in Auschwitz, sondern auf der Straße und in den Hochsicherheitstrakten.

Laßt es dazu nicht kommen! Schließt Euch zusammen!
Unterstützt uns, die verfolgten Antifas und laßt die Gefangenen Fatma, Mehmet und Abadin nicht allein. Deren Leben ist in Gefahr!
Die Faschisten haben schon angekündigt, auch im Knast ihren Terror zu verbreiten.
Fatma, Mehmet, Abadin, seid herzlichst gegrüßt und umarmt, haltet durch!
Und besondere Grüße an meine Familie, bei jedem Tunnel ist am Ende wieder Licht. Ich küsse Euch.
Hoch die internationale Solidarität!
No pasaran - sie kommen nicht durch!

ZAMIR-Zagreb, 29.12.1993 (Übersetzung Infoladen Wien)

Zwei öffentliche Attacken auf ARKzin

Ich schicke Übersetzungen von zwei Artikeln, die in kroatischen Zeitungen veröffentlicht wurden (die Artikel wurden vom Info-Verteiler gekürzt). Zwei Leute, Mitglieder der Regierungspartei oder ihr nahestehend, haben unsere Zeitung schwer angegriffen.

Dubravko Horvatic ist ein bekannter kroatischer Journalist, der in den letzten paar Jahren oft in der öffentlichen Diskussion engagiert war. "Vjesnik" ist eine der kroatischen Regierung nahestehende Tageszeitung.

Noch ein paar Erklärungen: Jure Francetic war einer der wichtigsten Ustascha-Führer (d.i. die kroatische Faschistenorganisation) im 2. Weltkrieg. Er war einer der Hauptanführer der "Schwarzen Legion", einer wahnsinnigen Ustascha-Einheit, die sogar andere Ustaschas erschreckte. Zu behaupten, daß er die Moslems beschützt hätte, kann nur ein schlimmer Scherz sein.

Arkan ist ein serbischer Faschistenführer, einer der schlimmsten Kriegsverbrecher im Krieg in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Jetzt ist er einer der reichsten Männer in Serbien und Parlamentsabgeordneter.

"Slavonski magazin" ist eine in Osijek herausgegebene Wochenzeitung. Der Autor des zweiten Artikels, Dubravko Grakalic, arbeitete vor sechs oder sieben Jahren mit mir zusammen für einige Jugendzeitschriften. Der Chefredakteur von "Slavonski magazin" ist ein Freund von mir, der mit mir 1990-1991 in der Umweltschutzbewegung "Green action" zusammengearbeitet hat. "Slavonski magazin" gehört zur Tageszeitung "Glas Slavonije", einem bekannten Fall von extrem gewalttätiger "Medienfreiheit": 1991 besetzte der Führer der Regierungspartei in Osijek, Branimir Glavas von der HDZ (kroatische demokratische Union), mit einer Gruppe Soldaten die Zeitungsredaktion und warf alle ihm unangenehmen Journalisten raus. Danach wurde die Zeitung "legal" Eigentum der örtlichen HDZ! Aber "Slavonski magazin" ist immer noch nicht so schlimm, wie man jetzt denken könnte: Ich schrieb eine umfangreiche Antwort auf diesen Artikel und er wurde veröffentlicht. Und um etwas anderes Nettes zu erwähnen: um unsere subversive Arbeit exemplarisch zu zeigen, druckten sie zusammen mit dem Artikel unsere Anzeige über unsere Arbeit ab, die zuvor in einigen anderen Zeitungen erschien, wo wir dafür bezahlen mußten, aber "Slavonski magazin" veröffentlichte sie gratis, zusammen mit unserer Telefonnummer!

1. Artikel: Standpunkte, Vjesnik, Donnerstag, 8.7.1993

Das Krächzen von schwarzen Krähen

von Dubravko Horvatic

Nachdem ich "ARKzin" gelesen habe, ist mein Eindruck, das das wohl eine Abkürzung für "Arkans Magazin" ist.

Als ich vor sechs Monaten einen kleinen Artikel über Frankopan's Gedicht "Pozvanje na vojsku" (Ruf zur Armee) schrieb, erwähnte ich nebenbei, daß Kollaborateure in der Maske von Mitgliedern der Antikriegsbewegung ihre Köpfe wieder erheben. Die Antikriegskampagne in einem Land, das angegriffen wird, bedeutet nichts anderes als Kapitulation und einen Aufruf, auf die vom Feind genommene, beschmutzte Erde unserer Ahnen zu verzichten. Wen ich dabei im Kopf hatte, war "ARKzin, Fanzine des AWC (Antikriegszentrum) von Zagreb", das unlängst seinen Namen in "Anti Kriegs Kampagne von Kroatien - AWCC" geändert hat. Diese Friedenskämpfer geben den Fall, der ihnen so am Herzen liegt, nicht auf, sie verschweigen Kroatien nicht als geographischen Begriff. Mehr noch, sie arbeiten patriotisch an der Erweiterung der kroatischen Sprache, sagen sie. Derzeit hat ihre Zeitung einen neuen Namen, "ARKzin, Fanzine des AWC (Antikriegszentrum) von Zagreb". Was ein Fanzine ist, versucht die Herausgeberin Vesna Jankovic in ihrem Editorial zu erklären. "Das Wort Fanzine kommt aus der Rock & Roll Subkultur. Wir sollten diesen Namen behalten, nicht nur, um die kroatische Sprache um ein neues Wort zu bereichern, sondern weil wir von unten kommen, weil wir die Alternative nicht nur im gegenwärtigen System, sondern im gegenwärtigen Journalismus sind...". Die Herausgeberin "bereichert" in ihrem Leitartikel die kroatische Sprache nicht nur mit Anglizismen, sondern auch mit Serbizismen (snishodljiv, nadmena, prevazilazi), und ähnliche Bereicherungen bemerkt man bei Artikeln anderer Autoren. Ich beabsichtige nicht, über die Spra-

che dieser Zeitung zu schreiben, aber über ihre, milde ausgedrückt, wirkliche Absicht.

Nicht einmal eine einzige Feder, nur Maschinen

Diese wirklichen Absichten findet man im erwähnten Editorial, ironisch intoniert, wo der erste Satz lautet: "Wir danken der Weisheit und Beharrlichkeit unserer Oberen in ihrem Kampf gegen das um sich greifende plebejische Bewußtsein: immer mehr gute Journalisten bleiben ohne ihre Arbeit..." Gut, wenn Arkzin das sagt, ist klar, daß nur Arkzin denen ihre Hilfe anbieten kann. Aber soweit ich damit befaßt bin, gibt es dort keine großen Schreiber, nicht eine Journalistenfeder, ich finde nur Journalistenmaschinen, die antikroatische Pamphlete produzieren, wie man sie oft in der bolschewistischen Periode Jugoslawiens lesen konnte. Diese Einstellung findet sich auch im Editorial, das mit unschuldiger Rhetorik spielt. (...) Arkzin sorgt sich großzügigerweise und selbst um Arbeitsplätze und Wohnraum der Serben, ihre Herkunftszertifikate (obwohl es bekannt ist, daß diese Zertifikate sogar an diejenigen ausgegeben werden, die aus den Reihen der "Befreier" zurückkamen), es schreibt über die Humanität in den serbischen Konzentrationslagern und kritisiert das HTV (kroatisches TV) für Enthüllungen und Augenzeugenberichte über den Horror in diesen Lagern, denn das ist laut Arkzin Manipulation der Öffentlichkeit. (...) Auf der anderen Seite sorgt sich Arkzin um die Rechte von Lesben und Schwulen. Sie bringen auch Interviews mit sogenannten früheren jugoslawischen Politikern wie Muhamed Filipovic und Milorad Pupovac. (...) Zusammen mit dem Grünen Zoran Ostric (nicht im moslemischen Sinn grün, sondern in einem pseudoökologischen) und einem gewissen Goran Flauder scheint Herr Dvornik der fleißigste Autor dieser Arkzin-Ausgabe zu sein. Aber die Spanne des Spuckens auf den Staat, in dem es veröffentlicht wird, und dessen Menschen und Institutionen ist bedeutend breiter. Spezielle Ziele sind die kroatische Armee und der kroatische Verteidigungsrat. Gojko Marinkovic (...) erklärt, daß die kroatische Armee "alte Ustascha-Militärausdrücke" übernommen hat. (...) Marinkovic meint, daß die jetzigen Namen von kroatischen Armee-Einheiten die früherer Ustascha-Führer und Mörder sind? Natürlich gehören sogar kroatische nationale Persönlichkeiten wie Bruno Busic laut Marinkovic zur selben Kategorie. (Ich kenne nur die Brigade "Jure Francetic" in Mittelbosnien; was für eine Sorte Mörder Francetic war, ist leicht beantwortet, wenn man die Tatsache kennt, daß er im Frühjahr 1942 bei der Befreiung von Gorazde von den Tschetniks Lebensmittel an alle Bewohner der Gegend verteilte, ohne nach deren Nationalität zu fragen. Als die lokalen Kroaten und Moslems dagegen protestierten, daß man den Serben zu essen gab, die sie während der Periode des Tschetnikterrors gepeinigt hatten, und von Francetic ihre Bestrafung verlangten, sagte ihnen dieser Ustascha-Colonel, daß das in der Verantwortung der Polizeieinheiten liege, die nach seinen Truppen kommen würden.) (...)

... daß HVO-Einheiten Mostar total zerstört hätten, zusammen mit der 600 Jahre alten Moschee (die Türken kamen erstmals 1415 nach Bosnien, besetzten Bosnien 1463 und die Herzegowina 1482), daß die Kroaten bereit sind, ein Moslemkind vom Balkon zu werfen, wenn man ihnen nicht ein paar hundert D-Mark gibt! All diese Wahrheiten werden wahrscheinlich von anderen Friedensmachern und Friedensaktivisten benutzt werden, nicht nur von diesem Duett, was mich an Senoa's historisches Gedicht "Welche Sorte Kinder essen Kroaten?" erinnert, gleichzeitig an seine Verse im Gedicht "Zu Verleumdern von Kroatien": "Nicht ein Wort mehr, ihr habt lange genug gekrächzt, ihr schwarzen Raben...!" Im Impressum von Arkzin kann man folgendes lesen: "Wir danken der 'Open Society Foundation', die demokratische Aktionen und Projekte unterstützt, und die Arkzin unterstützen würde, wenn sie es kennen würde oder einen Einblick in Arkzin's explizit antikroatischen Inhalt hätte." Mein Eindruck, nachdem ich Arkzin gelesen habe, ist, daß es derzeit eine Abkürzung für "Arkan's Magazin" ist.

2. Artikel: Slavonian Magazine, 19.8.1993, S. 3

Haupttitel der Ausgabe: Braucht Kroatien eine Antikriegskampagne?

Serben, Linke, Feministinnen und Schwule führen einen Krieg gegen den Krieg

Die sogenannte Antikriegskampagne von Kroatien, eine Initiative zweifelhaften Ziels und ebensolcher Herkunft, wurde in Kroatien geboren. Sie appellierte, die Waffen fallen zu lassen in dem Augenblick der schwersten Angriffe auf Kroatien. Um ihre wichtigste Zeitung, Fanzine genannt, versammeln sich hauptsächlich Kommunisten, Linke oder pro-jugoslawische Journalisten und Autoren, die das neue Regime in Kroatien nicht wollten und immer noch dem alten jugoslawischen Kommunismus nachweinen. Sie meinen, Frieden schaffen ist eine Art von Kampf gegen das Regime, also entschuldigen sie Deserteure und erwarten eine Befreiung Kroatiens durch "irgendwen anderen" oder durch niemand.

Von Dubravko Grakalic

(...) (Nach einer Tirade gegen einen Financier der Antikriegsbewegung, Soros:) Neben ihren großen Worten wie "man sollte menschlich sein" sind die AWCC-Mitglieder offensichtlich nicht imstande, eine Antwort auf die Frage zu geben - was heißt es, Kroate zu sein und sein eigenes Heim zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu verteidigen? Möglicherweise werden sie eines Tages selbst draufkommen, aber nicht, bevor sie nicht die Bedürfnisse ihrer Geldgeber erfüllt haben. Aber abgesehen von der Unwichtigkeit des AWCC für Kroatien, man sollte sich eine einfache Frage stellen - was bedeutet ihre Kapitulantenhaltung und Aktivität in einem angegriffenen und über weite Strekken besetzten Land? Ist das der Kampf für Menschenrechte? Offensichtlich nicht!

Belgrad, oh Belgrad

AWCC ist über ein Mailboxsystem, finanziert von europäischen Friedensmachern, über Wien mit Belgrad verbunden. Über diese Verbindung bekommt ARKzin wahrscheinlich seine regelmäßigen Artikel, die von serbischen und montenegrinischen Autoren gezeichnet sind, und publiziert sie. Um genau zu sein, in der Juli-Ausgabe 1993 ist zusammen mit einem Text von Milica Pelju über das Belgrader Radio B92 (ebenfalls von Soros finanziert) ein Statement von Vedran Matiu, einem der Gründer dieses Radios, das in kroatisch übersetzt (weil dieses Statement in einer Fremdsprache gedruckt wurde - was von ARKzin erwartet wird) folgendes sagt (Anm.: jetzt in deutsch) "Es wäre fein, ein ähnliches Radio auch in Kroatien zu haben, weil uns das helfen würde, denen hier in Serbien das Maul zu stopfen, die permanent wiederholen, daß die Menschen in Kroatien alle an einem Strang ziehen und es dort überhaupt keine Widersprüche gibt."

Kumrovec, oh Kumrovec

Das AWC von Kroatien wurde im Juli 1991 auf einem Meeting in Kumrovec gegründet, wo sich Vertreter verschiedener Friedensinitiativen, Grüne, Feministinnen und andere alternative Gruppen trafen. Es wurde gegründet als eine regierungsunabhängige und als nicht parteigebundene Organisation. Eine Reihe von Gründungsmitgliedern verließ das AWC aus ideologischen Gründen (z.B. "Women's help" löste sich auf, als die Frage eines Beitritts zum AWC diskutiert wurde, weil einige von ihnen dachten, das wäre ein unpatriotischer Akt), deshalb besteht das AWCC heute aus einigen Dutzend Gruppen und Organisationen, unter ihnen das "Zentrum für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte" in Osijek und Zagreb, das "Friedenszentrum" von Rijeka, das "Dalmatinische Solidaritätskomitee", die "Zagreber Friedensgruppe", das "Zentrum für Frauen - Opfer des Krieges", und seine Hauptfinanciers und Sponsoren sind "Swissaid" und die "Soros Foundation".

Wißt um eure Rechte!

Wenn du aus moralischer oder religiöser Überzeugung nicht in der Armee dienen und Waffen tragen willst, erlaubt dir die Verfassung aus Überzeugungsgründen die Wehrdienstverweigerung - bei deiner ersten Einberufung muß die Armee dich über dein Recht der Verweigerung aus Überzeugungsgründen informieren. Wenn du über deine Rechte Bescheid wissen willst und wie du sie ausüben kannst, wende dich an das "Zentrum für Frieden, Gewaltlosigkeit und Menschenrechte", Zagreber AWC in Kroatien, Tel. (041) 422 495 jeden Donnerstag von 17 - 19 Uhr. "LET'S GIVE PEACE A CHANCE Peace makers called for rifle breaking (smashing)". Die Frage ist, warum tun sie das und wessen Waffen wollen sie zerbrochen sehen?

Diese Infos werden gesammelt und vor eine Konferenz gebracht.

ZAMIR-Zagreb, 23.12.1993

Offener Brief an Präsident Tudjman

Sehr geehrter Herr Präsident der Republik,

Am 17. Dezember 1993 haben wir den Premierminister und den Verteidigungsminister darüber informiert, daß Familien (besonders Frauen) von kroatischen Bürgern, die in Bosnien-Herzegowina geboren sind, an uns appelliert haben, weil diese Bürger am 15. und 16. Dezember zur Armee mobilisiert wurden. Die Geschichten, die aus verschiedenen Quellen stammen, stimmen in folgendem überein:

★ In allen Fällen, wo Leute einberufen wurden, wurde auf ihrer bosnischen Herkunft bestanden;

★ einigen Bürgern der Republik Kroatien wurde in den Armeebaracken erklärt, daß sie Bürger von Bosnien-Herzegowina seien, obwohl sie Ausweispapiere über ihre Staatsbürgerschaft der Republik Kroatien haben;

★ alle Bürger der Republik Kroatien, die mobilisiert wurden und deren Frauen an uns herangetreten sind, sind, genauso wie die anderen Personen, mit denen diese Frauen gesprochen haben, Bürger der Republik Kroatien, geboren in Bosnien-Herzegowina;

★ in der Armeebaracke "Croatia" in Zagreb gibt es ca. 2.000 solcher Fälle;

★ Menschen, die ans Gewissen appellierten, wurden in den Baracken geschlagen;

★ alle von ihnen sind überzeugt, daß sie zum Kampf nach Bosnien-Herzegowina geschickt werden sollen.

Wir haben den Frauen, die zu uns gekommen sind, gesagt, daß die zuallererst verantwortlichen Politiker der Republik Kroatien wiederholt und verbindlich vor der heimischen und ausländischen Öffentlichkeit erklärt haben, daß die Republik Kroatien ihre Armee nicht in den Krieg ins Nachbarland schicken wird, das von der Republik Kroatien anerkannt wurde.

Wir ersuchen Sie, Hr. Präsident, unsere Behauptungen zu überprüfen und uns mitzuteilen, was der gegenwärtige Stand ist. Unter Hinweis auf die Sorge der Bürger bitten wir um eine möglichst rasche Antwort.

Hochachtungsvoll
Zoran Pusic
Präsident des Civic Committee for Human Rights

Dieser offene Brief wurde in "Novi list/ Glas Istre", der einzigen unabhängigen Tageszeitung in Kroatien am Dienstag, dem 21.12.1993 abgedruckt.

Zusatzinformationen:

Heute, am 23. Dezember 1993, befinden sich die mobilisierten Männer immer noch in den "Croatia"-Baracken - einem Gebäudekomplex mit Exerzierplätzen (Trainingsgelände), der früher eine jugoslawische Armee-Kaserne war, benannt nach Marschall Tito. Wir dachten bisher, daß diese Kaserne von der neuen, der kroatischen Armee, aufgegeben worden ist. Heute erklärte der kroatische Generalmajor Jozo Brigic in seiner Ansprache an die Mobilisierten, daß sie nicht von der kroatischen Armee, sondern von der HVO (Hrvatsko vijece obrane - Kroatischer Verteidigungsrat, die paramilitärischen Kräfte der selbsternannten "kroatischen Republik von Herzeg-Bosna") mobilisiert seien. Er erklärte nicht, wie es möglich ist, daß eine ausländische Militärmacht Menschen inmitten der kroatischen Hauptstadt rekrutiert.

Diese Männer haben noch mehr Schwierigkeiten auszuhalten: es werden ihnen Papiere über ihre Rekrutierung vorenthalten, die sie brauchen, um die Abwesenheit von ihren Arbeitsplätzen zu erklären. Ein Mann (sein Nachname ist Grgic) wurde von ein paar Mitgliedern der Militärpolizei geschlagen, als er zum Zahnarzt eskortiert wurde.

APC/YUGO/ANTIWAR 27.12.1993

Ich habe eine Frage zu Paraga und Seselj

Als die beiden im Knast saßen (ca. 1983), waren sie vom Gericht wegen kroatischem bzw. serbischem Nationalismus verurteilt. amnesty international argumentierte, daß diese Anklage falsch sei, Paraga und Seselj stünden für Menschenrechte und Demokratie. Sind amnesty international (und andere Menschenrechtsgruppen in westeuropäischen Ländern) auf Paraga und Seselj da hereingefallen, oder haben die beiden inzwischen ihre Meinung so sehr geändert (und warum)?

Danke für Informationen oder eure Meinung dazu!



Graffity in Sarajewo

Flugblatt der ATIK, aus: Internationale Rote Bewegung, Nr.2/Jänner 94

Hände weg vom Recht der Kurden auf Organisation!

Während einerseits viele europäische Länder sich darum streiten, wer die beste "Demokratie" hat, versuchen sie andererseits mehr und mehr die demokratischen Rechte abzuschaffen. Dies ist typisch für den Charakter der Imperialisten. Immer wenn sie in einer Krise stecken, sollen die Werktätigen die Last dafür tragen. So werden in der BRD in den Kreisen der Herrschenden die Rufe nach Abschaffung von Feiertagen, Änderung des Demonstrationsrechts, Einführung des "großen Lauschangriffs" etc. immer lauter. Doch dieses kommt nicht von ungefähr. Denn die BRD steckt in einer tiefen Krise, die eine natürliche Folge des Kapitalismus ist. Um die Volksopposition zu brechen, versucht der deutsche Staat, die Einheit der deutschen und nicht-deutschen Werktätigen zu brechen. Eine der Folgen dieser Politik ist der wachsende Druck auf ausländische Organisationen und Vereinigungen. Anstatt dem wachsenden faschistischen Nazi-Terror, welcher bislang mehrere Menschenleben gekostet hat, entgegenzuwirken, werden demokratische Organisationen vom deutschen Staat nahezu terrorisiert. Willkürliche staatliche Maßnahmen erschweren die Arbeit demokratischer Vereinigungen. Diesen Menschen wird das fundamentale Recht auf Organisation weggenommen. Nachdem der französische Staat vor kurzer Zeit eine Angriffskampagne gegen die in Frankreich lebenden Kurden begonnen hat, bei der viele Einrichtungen und Wohnungen durchsucht und mehrere Menschen festgenommen wurden, hat der deutsche Staat - auf Verlangen des türkischen Staates - durch seinen rassistischen Innenminister das "Verbot der PKK und ihrer 35 Organisationen" erklärt. Auch hier wurden mehrere Wohnungen und Einrichtungen durchsucht und der gesamte Besitz beschlagnahmt. Der Grund dieses Vorgehens ist wie immer derselbe, nämlich die "Unterstützung bzw. Bildung einer terroristischen Vereinigung". Genauso wie bei dem Versuch, die ATIF (Föderation der ArbeitnehmerInnen aus der Türkei in Deutschland) zu verbieten, hat der deutsche Staat auch diesmal keine Mühe, sich die Gründe zu basteln. All diese Tatsachen zeigen, wie demokratisch die "demokratischen Staaten" sind.

Das Verbot kurdischer Organisationen ist der Beweis dafür, daß der deutsche Staat die Massaker, Unterdrückung, Hinrichtungen, Vertreibungen und die Folter, kurz gesagt die systematische Vernichtung der kurdischen Nation durch den türkischen Staat unterstützt.

Wir fragen: Wer sind die eigentlichen Terroristen?

Ist es der faschistische türkische Staat, der Menschen massakriert, auf offener Straße hinrichtet, foltert, Dörfer in Brand steckt, Journalisten tötet, ganze Dörfer bombardiert, Menschen in der U-Haft verschwinden läßt?

Ist es der faschistische türkische Staat, der durch "Notstands- und Anti-Terror-Gesetze" jegliche Volksopposition mit Staatsterror unterdrückt, den türkischen Nationalismus fördert, um somit die Freundschaft zwischen den Völkern zu beenden?

Oder sind es die in Europa zu leben gezwungenen Kurden, die gegen die faschistische türkische Staatspolitik protestieren?

Anstatt demokratische Massenorganisationen als terroristisch hinzustellen, sollten die europäischen Staaten ihre Waffenlieferungen an die Türkei stoppen. Denn durch diese Waffen sterben in Türkei-Kurdistan und anderen Orten täglich hunderte von Menschen.

Freunde, es ist nicht die Zeit, die Hände im Schoß ruhen zu lassen. Resignation und Angst dürfen nicht um sich greifen. Bleiben wir standhaft und bieten wir unseren Gegnern die Stirn. Niemand soll uns an der Ausübung unserer Demokratischen Rechte und an deren Verteidigung hindern können. Beweisen wir der Öffentlichkeit, daß die gegen die demokratischen Vereinigungen erhobenen Anschuldigungen, sich terroristischer Methoden zu bedienen, nicht der Wahrheit entsprechen. Denn Ziel dieser Angriffe sind nicht nur kurdische Vereinigungen. Der Rechtsruck, der in den europäischen Staaten herrscht, zielt mit der Welle seiner Angriffe auf alle demokratischen Organisationen. Widersetzen wir uns mit aller Macht den Plänen der "demokratischen Staaten", uns die Rechte wegzunehmen. Schließen wir uns zu einer Aktionseinheit zusammen, denn nur gemeinsam sind wir stark.

Schluß mit den antidemokratischen Maßnahmen!
Es lebe das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation!
Es lebe die Geschwisterlichkeit der Völker!
Sofortige Aufhebung des Verbots für kurdische Vereinigungen!

Antifa-Rundbrief Saar

Das PKK-Verbot und seine Folgen

Oder wie Komplizenschaft zwischen kriminellen Regierungen als „Völkerverständigung" verkauft wird

Das Verbot der PKK, der ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans), der FEYKA (Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen) erstreckt sich auf 29 Kulturvereine und Solidaritätskomitees, auf das Kurdistan-Komitee in Köln, auf den Berxwedan-Verlag und die Kurdistan Haber-Nachrichtenagentur.

Am 26.11.1993 morgens um 6.00 Uhr hatte die betroffenen Organisationen Besuch vom Landeskriminalamt, Abteilung Terrorismus. Die Herren des Morgengrauens nahmen alles mit, was ihnen in ihre Klauen geriet: Bücher, Musikkassetten, Fernseher, Videorecorder, Zeitungen, Bilder, Telefonapparat, Faxgerät... Zurückgelassen haben sie leere Schränke, ein paar Transparente, Tische und Stühle und eine über 50 Seiten lange „Begründung" ihres Terrors.

Um die Entstehung neuer kurdischer Interessenvertretungen gleich unmöglich zu machen, heißt es in dem Pamphlet noch: „Gleichzeitig werden die Bildung von Ersatzorganisationen für die genannten Vereinigungen sowie die Fortführung bestehender Organisationen als Ersatzorganisationen verboten."

Da die PKK auf deutschem und westeuropäischem Gebiet gar nicht existiert, ein Verbot also völlig unbedeutend ist, müssen Konstruktionen von Organisationszusammenhängen herhalten wie sie hier bereits aus Verfahren nach Paragraph 129 und 129a (Unterstützung, Mitgliedschaft, Werbung in/für eine terroristische Vereinigung) seit den 70er Jahren angewandt werden.

So wird die politische und ideologische Nähe der kurdischen Organisationen in Deutschland mit der PKK genannt, Mitgliedern der Organisationen werden Aktivitäten in der PKK unterstellt.

Und um gleich nochmal für die nächsten Jahre klar zu machen, wohin der Hase laufen soll für Organisationen, die andere als BRD-Interessen vertreten:

„[...] die Tätigkeit der PKK sowie ihrer Teilorganisationen verstößt gegen Strafgesetze, richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung, gefährdet die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland. [...] Die Straftaten stören das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken sowohl in der Türkei als auch in Deutschland. [...] Die gewalttätigen politischen Aktionen [...] gefährden die aussenpolitischen Belange der BRD. Sie stören erheblich das Verhältnis zum türkischen Staat. [...] Die politische Agitation der PKK hat zwischenzeitlich ein aussenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht. [...] Die deutsche Aussenpolitik und die Aussenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für (die) Integrität eines wichtigen NATO-, WEU- und Europaratspartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Aussenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben. Darüber hinaus werden dadurch diejenigen Kräfte in der Türkei gestärkt, die die Bindung an Europa und an die westliche Welt lockern wollen [...]"

Die jetzt durch das Bundesinnenministerium verbotenen Organisationen vertreten die Interessen der Mehrheit der kurdischen Menschen und das Verbot ist nach den Genfer Konventionen über die Anerkennung kriegführender Parteien völkerrechtswidrig.

Beteiligt Euch an Protestaktionen gegen die Schließung der kurdischen Vereine!
Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf!

Aus: WOZ Nr. 1/2 1994, von WOZ übersetzt und geringfügig gekürzt

Das Generalkommando des EZLN, Im Jahre 1993:

Proklamation aus dem Lacandonischen Dschungel. Heute sagen wir: Es reicht!

An das mexikanische Volk

"Wir sind das Ergebnis von 500 Jahren Kampf, zuerst gegen die Sklaverei, dann gegen die Spanier und für die Unabhängigkeit, dann um zu verhindern, daß der nordamerikanische Imperialismus uns sich einverleibte, dann für die Verteidigung unserer Verfassung und um das französische Imperium von unserem Boden zu vertreiben. Danach wollte die Diktatur von Profirio Díaz [von 1876 bis 1910/WOZ] uns die gerechte Anwendung der (Agrar)-Reform vorenthalten. Das Volk rebellierte und wählte seine eigenen Führer, nämlich Villa und Zapata, Männer, die aus der Armut kamen - wie wir -, denen die elementarste Bildung vorenthalten wird, damit man uns als Kanonenfutter verwenden und uns die Reichtümer unseres Bodens entwenden kann, und es interessiert keinen, daß wir vor Hunger oder an heilbaren Krankheiten sterben, daß wir nichts haben, absolut nichts, nicht einmal ein würdiges Dach, kein Land, keine Arbeit, keine Gesundheit, keine Nahrung, keine Ausbildung, kein Recht, unsere Autoritäten frei und demokratisch zu wählen, keine Unabhängikeit vom Ausland, keinen Frieden und keine Gerechtigkeit für uns und unsere Kinder.

Aber heute sagen wir: Es reicht! Wir sind die Erben der wahren Stifter unserer Nationalität: wir Besitzlosen sind Millionen, und wir rufen all unsere Brüder auf, sich diesem Aufruf anzuschließen, denn dies ist der einzige Weg, um nicht Hungers zu sterben angesichts der unersättlichen Raffgier der mehr als siebzigjährigen Diktatur, die angeführt wird von einer Clique von Verrätern, die die konservativsten Gruppen des Landes repräsentieren. Diese "vendepatrias" (Vaterlandsverkäufer) sind die gleichen, die Hildalgo und Morelos Prügel zwischen die Beine warfen und Vicente Guerrero [alle drei Genannten waren Führer des Unabhängigkeitskampfes gegen Spanien zu Beginn des 19. Jahrhunderts/WOZ] verrieten, die gleichen, die mehr als die Hälfte unseres Landes an den ausländischen Eindringling verschacherten [bis 1848 gehörten eine Reihe westlicher Südstaaten der USA von Texas bis Kalifornien zu Mexiko/WOZ], die gleichen, die einen europäischen Prinzen [gemeint ist der Habsburger Maximilian/Info-Verteiler] holten, der uns regieren sollte, die gleichen auch, die sich der Entprivatisierung des Erdöls widersetzten, und die gleichen, die die Massaker gegen die Eisenbahnarbeiter 1958 und gegen die Studenten 1968 verübten. Es sind die gleichen, die uns heute alles, absolut alles wegnehmen.

Es bleibt uns nur noch die Hoffnung, nachdem wir alles versucht haben, um die auf unserer Magna Charta basierende Legalität in die Praxis umzusetzen. Wir beziehen uns auf den Artikel 39 unserer Verfassung, worin es wörtlich heißt: "Die Souveränität liegt wesentlich und ursprünglich beim Volk. Alle öffentliche Macht geht vom Volk aus und wird eingesetzt, um dem Wohle des Volkes zu dienen. *Das Volk hat jederzeit das Recht, die Form seiner Regierung zu verändern und zu modifizieren.*" [Hervorhebung im Original]

In Anlehnung an unsere Verfassung richten wir diese Erklärung an die mexikanische Bundesarmee, Grundpfeiler der Diktatur, die wir erleiden, monopolisiert von der Partei an der Macht und geleitet von der Bundesexekutive, die sich heute in der Hand eines obersten und unrechtmäßigen Chefs, Carlos Salinas de Gortari, befindet. In Übereinstimmung mit dieser Kriegserklärung fordern wir die anderen Gewalten der Nation auf, sich dafür einzusetzen, daß die Legalität und die Stabilität der Nation wiederhergestellt wird, indem der Diktator abgesetzt wird.

Auch bitten wir die internationalen Organisationen und das Rote Kreuz, die Kämpfe, die unsere Streitkräfte führen, zu überwachen und die Zivilbevölkerung zu beschützen. Wir erklären jetzt und für immer, daß wir uns den Kriegsgesetzen der Genfer Konvention bei der Bildung des EZLN, der Kriegsmacht unserer Befreiung, unterwerfen. Auf unserer Seite steht das mexikanische Volk. Wir stehen zum Vaterland, "tenemos patria", und die grün-weißrote Fahne wird von den aufständischen Kämpfern geliebt und respektiert. Wir verwenden die Farben Rot und Schwarz auf unserer Uniform, Symbol der Arbeiter in Streikbewegungen. Unsere Fahne trägt das Zeichen EZLN, Ejercito Zapatista de Liberación Nacional, und mit ihr werden wir immer in den Kampf ziehen. Wir weisen von vornherein jeden Versuch zurück, die gerechte Sache unseres Kampfes herabzumindern, indem man uns des Drogenhandels oder des Banditentums beschuldigt oder uns mit anderen Qualifikationen versieht, die unsere Feinde in die Welt setzen könnten. Unser Kampf hält sich an verfassungsmäßiges Recht und steht unter der Fahne von Gerechtigkeit und Gleichheit.

Deshalb erteilen wir unseren Streitkräften der Zapatistischen Befreiungsarmee in Übereinstimmung mit dieser Kriegserkläung die folgenden Befehle:

Erstens: Vordringen Richtung Hauptstadt der Republik, wobei auf dem Vormarsch die mexikanische Bundesarmee zu besiegen sowie die Zivilbevölkerung zu beschützen ist. Den befreiten Völkern die Möglichkeit verschaffen, ihre eigenen Verwaltungsautoritäten frei und demokratisch zu wählen.

Zweitens: Das Leben der Gefangenen respektieren und die Verwundeten dem Roten Kreuz zur medizinischen Versorgung übergeben.

Drittens: Diejenigen Soldaten der Bundesarmee sowie der politischen Polizisten, die von ausländischen Diensten unterrichtet wurden oder deren Assistenten waren oder von ihnen trainiert und bezahlt worden sind, sei es im Inland oder im Ausland, sind des Landesverrats anzuklagen ebenso wie alle, die Repression ausüben, die Zivilbevölkerung mißhandeln oder berauben oder die Güter des Volkes mißachten.

Viertens: Neue Bündnisse bilden mit denjenigen Mexikanern, die sich unserem gerechten Kampf anschließen wollen, einschließlich der feindlichen Soldaten, die sich unseren Streitkräften kampflos ergeben und schwören, den Befehlen des Generalkommandos der Zapatistischen Befreiungsarmee zu folgen.

Fünftens: Die Quartiere des Feindes zur bedingungslosen Kapitulation auffordern, bevor der Kampf entfesselt wird.

Sechstens: Die Plünderung unserer Naturreichtümer einstellen an den Orten, die vom EZLN kontrolliert sind.

Volk von Mexiko: Wir, integre und freie Männer und Frauen, sind uns bewußt, daß der Krieg, den wir erklären, das letzte, doch gerechte Mittel ist. Die Diktatoren führen seit vielen Jahren einen mörderischen, nicht erklärten Krieg gegen unsere Völker. Deshalb bitten wir dich um deine entschlossene Teilnahme an diesem Kampf für Arbeit, Obdach, Nahrung, Gesundheit, Ausbildung, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden. Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden zu kämpfen, bevor wir die hier deklarierten Grundforderungen unseres Volkes erfüllt haben und eine Regierung in einem freien und demokratischen Land bilden können. Reihe dich ein in die Streitkräfte der Zapatistischen Befreiungsarmee."

In einem Communiqué vom 11.1.1994 erklären sich die Führer der Zapatistischen Befreiungsarmee zum Dialog mit der mexikanischen Regierung bereit, unter der Voraussetzung, daß beidseitig eine Waffenruhe eingehalten wird. Die Regierung hatte eine einseitige Einstellung der Kampfhandlungen des EZLN als Bedingung für den Dialog genannt. Im einzelnen fordert der EZLN von der Regierung:

"Anerkennung des EZLN als kriegführende Partei;

Waffenruhe im ganzen umkämpften Gebiet;

Rückzug der Bundestruppen aus allen Gemeinden unter Respektierung der Menschenrechte der Landbevölkerung;

Einstellung der Bombardierung von Dörfern;

Bildung einer nationalen Vermittlungskommission."

Aus: Unità, 3.(?) Jänner 1994

Interview mit Comandante Marcos

"Besser im Kampf sterben als an Durchfall"

Comandante Marcos, ihr habt San Cristobal am 1. Jänner eingenommen. Wer seid ihr?

Wir sind Teil der *Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee* und wir fordern die Abdankung der Bundesregierung und die Bildung einer neuen Übergangsregierung, die für August 1994 freie und demokratische Wahlen ausschreiben soll. Wir verlangen, daß die wesentlichen Forderungen der Bauern in Chiapas realisiert werden: Brot, Gesundheit, Ausbildung, Autonomie und Frieden. Die Indios haben immer im Krieg gelebt, weil bis heute der Krieg immer gegen sie gerichtet war. Von nun an wird er sowohl für die Indios als auch für die Weißen gelten. Jedenfalls werden die Indios in Zukunft kämpfend sterben können und nicht an Durchfall, wie es für die Indios in Chiapas normalerweise der Fall ist.

Steht ihr in Kontakt mit einer bäuerlichen politischen Organisation?

Wir haben keinerlei Beziehung zu jeglicher Art offener Organisation. Unsere Organisation ist ausschließlich klandestin und bewaffnet.

Seid ihr aus dem Nichts entstanden, so ganz plötzlich?

Wir haben uns in den Bergen seit 10 Jahren vorbereitet, wir sind nicht zufällig aus dem Boden geschossen, wir sind gereift, wir haben überlegt, gelernt und sind zu diesem Entschluß gekommen.

Gibt es in euren Forderungen rassische, ethnische Inhalte?

Das Führungskomitee besteht aus Tzotzil-, Tzeltal-, Chol-, Tojolabal-, Mam- und Zoque-Indios, den wichtigsten ethnischen Gruppen des Chiapas. Sie alle vereinigen sich und neben dem Ruf nach Demokratie und Repräsentativität, fordern sie Respekt, einen Respekt, den ihnen die Weißen niemals gegeben haben. Vor allem hier in San Cristobal sind die "Coletos" [Einwohner von St. Cristobal, Anm. I.V.] im Alltagsleben besonders beleidigend und diskriminierend gegenüber den Indios. Jetzt respektieren die Weißen die Indios, weil sie sie mit Waffen in der Faust erleben.

Wie glauben Sie wird die Regierung jetzt reagieren?

Die Antwort der Regierung macht uns keine Sorge, uns kümmert eher die Antwort der Leute, der Mexikaner. Uns interessiert zu erfahren, wie sich dieses Beispiel auswirken wird, was es im nationalen Bewußtsein in Bewegung setzen wird. Wir hoffen, daß etwas in Bewegung geraten wird, nicht nur auf der Ebene des bewaffneten Kampfes, sondern in jedem Sinn. Wir hoffen, daß dieser maskierten Diktatur ein Ende gesetzt werden wird.

Ihr habt kein Vertrauen in die PRD (Partei der demokratischen Revolution) als Oppositionspartei bei den nächsten Wahlen?

Wir mißtrauen nicht sosehr den politischen Parteien als dem Wahlsystem. Die Regierung Salinas de Gortari ist eine illegitime Regierung, Produkt eines Betrugs. Und diese illegitime Regierung wird unweigerlich illegitime Wahlen hervorbringen. Wir wollen eine Übergangsregierung und wir wollen, daß diese Regierung Neuwahlen ausschreibt, aber mit einem wahrhaft egalitären Wettstreit, der allen politischen Parteien gleiche Bedingungen bietet. In Chiapas sterben 15.000 Indios im Jahr an heilbaren Krankheiten. Das ist eine ähnliche Zahl wie der Krieg in Salvador forderte. Wenn hier ein Bauer mit Cholera in ein Feldspital kommt, schicken sie ihn fort, um zu verhindern, daß es heißt, in Chiapas gäbe es Cholera. In dieser Bewegung wollen die Indios, die Teil der Zapatistischen Armee sind, in erster Linie den Dialog mit den eigenen Leuten, das sind die wahren Gesprächspartner.

Entschuldigen Sie, aber Sie sind kein Indio?

Sie müssen verstehen, daß unsere Bewegung nicht auf Chiapas beschränkt, sondern national ist. So wie es Leute wie mich gibt, die aus anderen (Bundes-)Staaten stammen, gibt es Leute aus Chiapas, die an anderen Stellen kämpfen. Wir sind Mexikaner, das eint uns auf die gleiche Weise wie die Forderung nach Freiheit, Demokratie. Wir wollen unsere realen Repräsentanten wählen.

Aber habt ihr keine Angst vor einer schwerwiegenden Repression?

Die Repression gegen die Indoamerikaner gibt es seit 500 Jahren. Sie denken vielleicht an eine Repression im Stil der südamerikanischen Regimes. Aber für die Indios ist dieser südamerikanische Repressionsstil das tägliche Brot. Sie können die Indios fragen, die an der Peripherie von San Cristobal leben.

Welche Entwicklung würden Sie als Erfolg betrachten?

Wir hätten gern, daß sich dieser Bewegung weitere in allen Teilen der Republik anschließen.

Notwendigerweise bewaffnet?

Nein. Wir machen eine breite Einberufung. Wir wenden uns auch an Leute, die sich an zivilen, legalen, breiten Bewegungen beteiligen.

Warum habt ihr gerade den 1. Jänner und die Stadt San Cristobal de las Casas gewählt?

Das hat das Führungskomitee beschlossen. Es ist klar, daß das Datum in Bezug zum Freihandelsabkommen NAFTA steht, das ein Todesurteil für die Indios ist. Das Inkrafttreten des Vertrages ist die Einleitung zu einem internationalisierten Blutbad.

Was denkt ihr über die internationale Reaktion? Fürchtet ihr nicht, daß die Vereinigten Staaten intervenieren können, wie sie es in anderen Teilen Lateinamerikas getan haben?

Früher hatten die Vereinigten Staaten das Alibi der Sowjetunion, sie fürchteten sowjetische Penetrationen in unser Land. Aber jetzt, was können sie über eine Bewegung denken, die nichts als soziale Gerechtigkeit fordert? Sie können nicht mehr glauben, daß wir von Ausländern manipuliert sind oder daß das Gold aus Moskau uns finanziert, da ja Moskau nicht mehr existiert, man braucht nur Jelzin zu fragen. Die US-Amerikaner müssen sich klarwerden, daß wir für das kämpfen, was alle wollen, was auch die Europäer gewollt haben. Haben sich die Leute in Deutschland und Italien vielleicht nicht gegen die Diktatur erhoben? Ist es nicht folglich gerechtfertigt, daß auch das mexikanische Volk sich erhebt? Die Nordamerikaner haben viel mit der Realität hier zu tun, mit den Elendsbedingungen der Indios und dem großen Hunger nach Gerechtigkeit. In Mexiko beruht das gesamte soziale System auf der Ungerechtigkeit gegenüber den Indios. Das Schlimmste, das einem menschlichen Wesen passieren kann, ist es, ein Indio zu sein, mit der ganzen Last der Erniedrigung, des Hungers und des Elends.



Einzug der zapatistischen Armee in St. Cristobal de las Casas

Maoist International Movement (MIM), PO Box 3576, Ann Laube MI 48106-3576. 28.12.1993 über: NY Transfer News Collective

Die Berliner Mauer des Westens wird dichtgemacht

Am 19. September 1993 um Mitternacht schloß die US-Grenzpatrouille unter dem Decknamen "Operation Blockade" den stark frequentierten Grenzabschnitt El Paso/Jaures. Dazu wurden fünfmal so viele Beamte des "Immigration and Naturalization Service" (Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde; INS) wie normal eingesetzt (1). Die militärische Bedeutung des Begriffs "Blockade" ist offensichtlich und erwünscht. Die Operation Blockade ist die Fortsetzung der brutalen Geschichte des US-Imperialismus im besetzten Mexiko. Diese Blockade besteht aus 450 Beamten, die über einen 20-Meilen-Abschnitt an der Grenze verteilt sind, wobei jedes verfügbare Fahrzeug eingesetzt wird.

Silvester Reyes, der Chef des in El Paso stationierten INS, erhielt aus Washington 250.000 US-Dollar zur Auszahlung von Überstunden für einen anfänglich auf zwei Wochen begrenzten Versuch der Strategie der Blockade von ImmigrantInnen (2). Nachdem weniger MexikanerInnen versuchten, die Grenze zu überwinden und weniger Beamte notwendig wurden, wird die Operation Blockade bis heute fortgesetzt. Die Absicht hinter Reyes' Blockadestrategie ist die Maximierung der Abschreckung anstatt Verhaftungen. Die beeindruckende Konzentration von Beamten entlang der Grenze hat die Zahl der Festnahmen um 80% gesenkt, und zwar von ca. 1.000 pro Tag auf ungefähr 150. (1) An den dichtestbewachten Punkten sind die bewaffneten Wachen alle 150 Fuß (ca. 30 Meter) stationiert. Vor der Blockade überquerten geschätzte 10.000 mexikanische TagelöhnerInnen täglich die Sektion El Paso/Jaures. (2)

Die Operation Blockade wird ausgeweitet

Kalifornische Politiker haben den "Erfolg" von Reyes' Operation Blockade in El Paso wohlwollend zur Kenntnis genommen. Die Verantwortlichen im Landkreis San Diego haben dafür plädiert, die Justizministerin Janet Reno dazu zu bewegen, die El Paso-Blockade auf die Grenzsektion San Diego-Tijuana (5) auszuweiten, in der die Grenzwache 1992 250.000 Verhaftungen vorgenommen hatten. (1).

Senatorin Barbara Boxer (Republikanische Partei/Kalifornien) überzeugte den Senat, im Verteidigungsbudget zusätzlich 2 Millionen US-Dollar vorzusehen, um damit Truppen der Nationalgarde zur Unterstützung der Grenzwache zu finanzieren. Ihr Plan sieht vor, daß 4.000 kalifornische Nationalgardisten ihr jährliches 15-tägiges Training an der Grenze absolvieren. Obwohl diese nicht in Verhaftungen verwikkelt wären, würde die Nationalgarde die Büros unterstützen, Gefangenentransporte durchführen und Überwachungstätigkeiten übernehmen, was den INS-Beamten mehr Raum für ihre "Jagden" bieten würde.

Letztendlich würde ein derartiger Einsatz dazu führen, in Südkalifornien eine Operation Blockade zu erstellen, die ein Vielfaches derjenigen von El Paso ausmachen würde. "Das wäre das erste Mal in der Geschichte, daß die Nationalgarde dazu benutzt wird, die Grenzkontrollen zu unterstützen", sagt Boxer, die offensichtlich vergaß, daß die Nationalgarde bereits dabei hilft, Zäune entlang der Grenze in Kalifornien aufzubauen (10).

Die Rolle von NAFTA

Die Grenzpatrouille soll Druck auf die mexikanischen ArbeiterInnen ausüben in einer Zeit, da die Senkung der Kosten für Arbeit das Mantra der Geschäftswelt ist. Angesichts der inflationären Löhne und Profite in der Ersten Welt erklärt sich leicht, warum die Bourgeoisie so darauf aus war, NAFTA durchzusetzen.

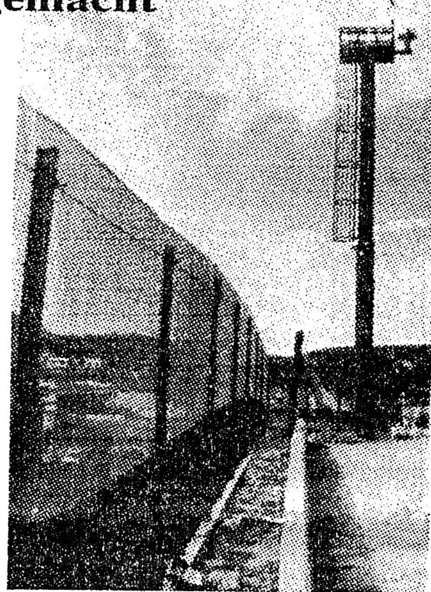
Wegen dem Ende der Zölle auf die Milliarden-Dollar-Güter, die US-Firmen nach Mexiko zur Verarbeitung schicken, und die von Mexiko zur Vermarktung in die USA kommen, erhalten US-Firmen einen starken Anreiz, Operationen in Mexiko durchzuführen. Das bedeutet, daß die Operation Blockade eine gut getarnte Probe für die nächste Zukunft sein könnte, wenn die industrielle Expansion in Mexiko dort den größten verfügbaren Arbeitsmarkt benötigen wird. Dieser Markt wird die Kosten der mexikanischen Arbeitskraft drücken, und damit die Produktion der US-Multis noch profitabler machen.

Rassistische Gegnerschaft zur Immigration

Die Reaktion argumentiert, daß die "Überschwemmung" der amerikanischen Grenzgebiete durch ImmigrantInnen die sozialen Dienste dort überfordert. In Kalifornien überqueren geschätzte 100.000 nicht registrierte ImmigrantInnen jährlich die Grenze zu den Vereinigten Staaten, was den Staat angeblich 3 Milliarden US-Dollar für Gesundheitsversorgung und Bildung kostet (4). Einundfünfzig Prozent der Kalifornier sind für eine Kürzung der Gesundheitsversorgung und öffentlichen Bildung für ImmigrantInnen und deren Kinder (8).

Was bei dieser Zahl von 3 Milliarden US-Dollar zu erwähnen vergessen wird, ist daß diese ImmigrantInnen bedeutend mehr als die 3 Milliarden US-Dollar produzieren, indem sie in Textilgeschäften, bei der Saisonarbeit in der Landwirtschaft etc. arbeiten. Diese überausgebeuteten ArbeiterInnen geben dem US-amerikanischen Lebensstandard einen starken Auftrieb.

Der gesamte Profit, der von den nicht registrierten ArbeiterInnen abgezogen wird, ist gewaltig bei 3,2 Millionen illegalen ImmigrantInnen in den USA und 200.000 bis 300.000, die laut INS jährlich neu ankommen (9). Wie auch immer, da die Profite mit Einführung von NAFTA weiter ansteigen, werden die Vereinigten Staaten in der Lage sein, die Grenze dicht zu machen und die Überausbeutung der MexikanerInnen weiter auszubauen, ohne irgendwelche Ausgaben dafür zu haben. Auf jeden Fall scheinen diese unbedeutenden Ausgaben für soziale Dienste zu klein in Vergleich mit den dutzenden Milliarden an Überprofiten.



Eine Geschichte von Kolonialisierung

Was jetzt passiert, ist ein eskalierender Militäreinsatz in einem Krieg mit Mexiko wegen der Grenzziehung, der seit nahezu 150 Jahren mehr oder weniger stark tobt. 1845 schickte Präsident James Knox Polk (Demokratische Partei) Truppen über die anerkannte Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, den Neuces River, und ließ sie ein Fort am Rio Grande errichten. Diese unverschämte Provokation, ein eklatanter Vorfall der Annexion eines Teils von Nordmexiko, führte natürlich zu Gewaltanwendung von Seiten Mexikos, und das war es, worauf Polk gewartet hatte, um seinen Plan eines Krieges zur Kolonialisierung rechtfertigen zu können.

Die brutale Militärkampagne des mexikanischen Kriegs, gekennzeichnet von Vergewaltigungen und Plünderungen durch die US-Soldaten, war legendär. Der Krieg endete mit dem Abkommen von Guadaloupe Hidalgo 1848, in dem Mexiko das gesamte heute als Kalifornien bekannte Territorium, Neumexiko, Arizona und die Teile von Texas zwischen dem Rio Grande und dem Neuces River abtreten mußte (6). Das bedeutet, daß sowohl El Paso als auch San Diego sich auf von den USA besetztem Gebiet Mexikos befinden! Weder die US-Grenzwache noch die Nationalgarde hat an dieser Grenze was zu suchen, und eines Tages wird diese Grenze von der revolutionären Flut hinweggeschwemmt werden.

Anmerkungen:

(1) Los Angeles Times, 2.10.1993; (2) National Catholic Observer, 8.10.1993, S.3; (3) New York Times, 29.9.1993, S. A13; (4) El Paso Herald-Post 8.10.1993, S. 1; (5) Dallas Morning News, 10.10.1993; (6) Howard Zinn, A People's History of the United States (Harper Colophon Books: New York, 1980), S. 147-166; (7) Time Magazine Special Issue Fall 1993, S. 12; (8) ebenda; (9) ebenda, S.16; (10) Los Angeles Times, 19.10.1993, S. A3, A24.

Internationale Rote Bewegung, Nr.2/Jänner 1994

Frauen im China des 20. Jahrhunderts - das maoistische Erbe

Schon von 1850-1865 kämpften chinesische Frauen, um die Ching Dynastie zu stürzen und um der Polygamie, der Sklaverei, dem Ehebruch und dem Füßebinden ein Ende zusetzen. Zur Jahrhundertwende organisierten Seidenarbeiterinnen im Shun-te Distrikt von Kwangtung einen Heiratsboykott und etablierten eine kollektive Lebensform unabhängig von patriarchalen Familienstrukturen. Zur selben Zeit wurde in Shanghai eine Lehrerin, Ch"iu Chin, hingerichtet, wegen ihrer Schriften über die Unterdrückung der Frauen und weil sie ihre Studenten inspirierte, eine bewaffnete Brigade zur Unterstützung der Bewegung zum Sturz der Kaiser zu organisieren. Frauenarmeen nahmen an der Revolution von 1911 teil, die Chinas erste Republik einleitete und stürmten dann gewaltsam das Parlament, um zu fordern, daß die Rechte der Frauen in die neue Verfassung aufgenommen werden sollten. Während der Kriegszeit, die auf den Tod von Sun Ya-tsen, dem Führer der republikanischen Regierung, folgte, fuhren die Städterinnen fort, die feudalen Gesetze und Sitten anzufechten.

In dieser Atmosphäre von feministischen Protesten und offizieller Unterdrükkung veröffentlichte Mao Tse-tung, selbst noch Student, mindestens neun leidenschaftliche Zeitungsartikel, die der sich ändernden Rolle der Frauen gewidmet waren. Die meisten davon waren Kommentare zum Selbstmord einer Freundin von ihm, Chao Wu-chieh aus Changsha. Sie tötete sich am 14. November 1919 auf dem Weg zu ihrer Hochzeit, welche gegen ihren Willen arrangiert worden war.

Mao hatte als Teenager aus Protest gegen den Versuch seiner eigenen Familie, eine Hochzeit für ihn zu arrangieren, sein Zuhause verlassen. In allen seinen frühen Schriften führte er die Sitte der arrangierten Hochzeiten auf die Vorherrschaft der feudalen Autorität in der chinesischen Gesellschaft zurück. Er half, eine Neue Studiengesellschaft des Volkes zu organisieren, welche die patriarchalische Familie, - einschließlich der Mätressenwirtschaft und der doppelten Sexualmoral, die allein von den Frauen Keuschheit verlangte, - ablehnte. Die Gruppe lehnte auch die Prostitution, das Glücksspiel und Vulgarität ab. Die meisten Schriften aus dieser Zeit wurden beschlagnahmt und keiner der von Mao geschriebenen Artikel wurde in seine gesammelten Werke aufgenommen. ("Mao Tse-tung, Frauen und Selbstmord", von Roxane Witke, Frauen in China, 1973, herausgegeben von Marily B. Young, Center of Chinese Studies, University of Michigan, Anny Arbor)

Die von der Kuomintang 1931 angenommenen Bürgerrechte erklärten die Unterstützung des Prinzips der Freiheit der Eheschließung und der Gleichheit der Frauen, einschließlich der Legalisierung der Scheidung mit bestimmten Einschränkungen. Diese Rechte wurden teilweise in den Städten eingeführt, wo Reformen, die eine gewisse Unabhängigkeit für die Frauen gestatteten, gleichzeitig dazu dienten, die Ausbeutung der Frauen durch die Imperialisten zu erhöhen. Frauen, die in städtischen Industrien arbeiteten, hatten den Erlaß von Gesetzen zur Festlegung von Frauenrechten erzwungen, indem



sie militante Streiks zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchführten und die Förderung der Geburtenkontrolle organisierten. Zehntausende der fortschrittlichsten Arbeiter und aktivsten Frauen wurden 1927 in Shanghai getötet. Mindestens eintausend Frauen wurden getötet, nur weil sie einen Bubikopf als Symbol der Emanzipation trugen. Teilweise unter dem Eindruck dieser Ereignisse trennte sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion von der Kuomintang und verbündete sich direkt mit der Kommunistischen Partei Chinas, die 1921 gegründet worden war.

In den ländlichen Gebieten Chinas wurden während der zwanziger und dreißiger Jahre präkapitalistische Produktionsmethoden aufrechterhalten. Einige Frauen entkamen den Fesseln des Feudalismus, indem sie sich der revolutionären kommunistischen Bewegung anschlossen. Beim Langen Marsch von 1934 - 1935, der die Unterstützung für den kommunistischen Aufstand im ganzen Land festigte, waren 50 Frauen dabei, eine davon als Mann verkleidet. Ihre Täuschung wurde entdeckt, als sie die höchste Auszeichnung für den Militärdienst erhielt, danach wurde sie von der Partei degradiert. 1935 als Mao die Führung der KPC (Kommunistische Partei China) übernahm, erneuerte die Partei ihre Unterstützung der Emanzipation der Frauen. Mao betrachtete den Kampf der Frauen als wesentlich für den Krieg gegen den Staat: "Die politische Autorität der Landbesitzer ist das Rückgrat aller anderen Autoritätssysteme" schrieb er. "Wenn diese gestürzt ist, beginnt die Clan-Autorität, die religiöse Autorität und die Autorität der Ehemänner zu schwanken. ... Zur Autorität des Ehemannes sei bemerkt, diese war immer unter den armen Bauern schwächer ausgeprägt, denn arme Frauen mußten aus ökonomischer Notwendigkeit viel mehr harte Handarbeit tun, als die Frauen der reicheren Klassen, und hatten deshalb mehr zu sagen und größere Entscheidungsmöglichkeiten in Familienangelegenheiten. Mit dem zunehmenden Bankrott der ländlichen Wirtschaft in den letzten Jahren wurde die Grundlage der Männerherrschaft über Frauen bereits geschwächt. Mit dem Aufschwung der Bauernbewegung haben die Frauen nun an vielen Orten damit begonnen, ländliche Frauenvereinigungen zu organisieren; die Gelegenheit für sie ist gekommen, die Köpfe zu erheben und die Autorität des Ehemannes wird tagtäglich fragwürdiger. Mit einem Wort, das gesamte feudal-patriarchalische System und seine Ideologie gerät mit dem Wachsen der Kraft der Bauern ins Schwanken." (zitiert nach Soong Ching-ling, Peking Rundschau, 11. Februar 1972)

Während des Kampfes gegen das Vordringen der Japaner auf chinesischem Gebiet verschaffte die heldenhafte Teilnahme der Frauen ihnen im Dorfleben Ansehen. Als es zum endgültigen Bruch zwischen der KMT (Kuomintang) und der CPC kam, ermutigten die chinesischen Kommunisten die Frauen, die beleidigende Macht der Landbesitzer, Väter und Ehemänner durch die Organisation von "Besprecht die Verbitterung"-Sitzungen ("speak bitterness") zu begegnen. Die Berichte von Dorfversammlungen aus dieser Zeit zeigen die dramatischen Wirkungen dieser Versammlungen auf das Leben der Frauen auf. Die Geschichte von Goldblume, wie sie von einem englischen Journalisten erzählt wurde, sollte als ein Klassiker der chinesischen Revolution weltbekannt werden. (China erschüttert die Welt, 1949 von Jack Belden, Monthly Review Press, New York und London). Die Umverteilung des Landes wurde zum Brennpunkt des Kampfes, als die Achte Route Armee der Kommunistischen Partei die Japaner aus Nordchina vertrieb und befreite Gebiete errichtete. Frauen beanspruchten das Recht, an der Landreform teilzuhaben und drängten auf Anerkennung innerhalb der neu geschaffenen Macht-

strukturen. Mao war begeistert über diese Veränderung und erklärte: 'Wenn die Frauen im ganzen Land sich erheben, wird dies der Tag des Sieges für die chinesische Revolution sein.'

Die Stellung der Frauen im Feudalismus war kaum besser als die eines Sklaven. Die einzige Macht, die den Frauen in der alten Gesellschaft zugestanden wurde, war die Manipulation ihrer Söhne und die Kontrolle, die sie über ihre Schwiegertöchter ausübten. Deswegen wurden in den befreiten Gebieten ältere Frauen auch wegen des Mißbrauchs jüngerer Frauen attackiert. Der Kindesmord von Mädchen war vor der Befreiung unter der armen Bevölkerung gang und gebe, zum Teil, weil die Familien eine Mitgift brauchten, um ihre Töchter zu verheiraten. Diese Praktiken nahmen schlagartig ab, als die feudale Autorität untergraben wurde. Obwohl das Füßebinden vor allem unter denen praktiziert wurde, die es sich leisten konnten, die Frauen von der Feldarbeit fernzuhalten, haben die Anstrengungen, die Bewegungsfreiheit der Frauen einzuschränken, auch andere Formen angenommen. In Nordchina wurden sogar Bauersfrauen eingesperrt und im wesentlichen als Mittel zur Produktion männlicher Nachkommen angesehen. Traditionell wurden Frauen aus ihren familiären Bindungen entwurzelt, wenn sie heirateten. Ehefrauen, die von ihren Männern oder Schwiegereltern verstoßen wurden, waren in ihren Heimatdörfern nicht wieder willkommen. Reiche Männer hatten mehrere Frauen und dazu noch Konkubinen. Arme Frauen wurden oft von ihren Vätern in das Konkubinat oder zur Prostitution verkauft. Die Landbesitzer machten Jagd auf die Frauen und Töchter ihrer Pächter.

Alle diese Praktiken wurden von Frauen in den "Besprecht die Verbitterung"-Treffen, die von den Kommunisten unterstützt wurden, in Frage gestellt. Weil die Frauen im Kampf um nationale Befreiung aktiv waren, unterstützten viele - insbesondere jüngere - Männer den Kampf der Frauen um Würde und Respekt.

Nach der Revolution wurden viele der alten Sitten als gesetzwidrig erklärt, als der neugegründete all-chinesische Frauenbund viele unterschiedliche Frauengruppen aller sozialen Klassen zusammenfaßte und die neue Regierung zwang, ein fortschrittliches Heiratsrecht zu erlassen. Im Zuge der Neuen Demokratischen Revolution erhielten Frauen das Recht auf Eigentum, Erbschaft, Scheidung, das Sorgerecht für Kinder und das Recht auf die freie Wahl des Ehepartners. In den frühen fünfziger Jahren bekamen die Frauenorganisationen die Autorität, für die Einhaltung des neuen Gesetzes zu sorgen, und sie taten dies mit großer Hingabe und Leidenschaft. In vielen Dörfern wurde die überwiegende Zahl der Ehen aufgelöst. Theatergruppen halfen bei der Schulung des Volkes über Frauenrechte. Männer, die sich ausfällig verhielten, wurden vor Frauendelegationen gestellt, die die Todesstrafe über aufsässige Vergewaltiger oder ihre Frauen schlagende Männer verhängen konnten.



Als die Auswirkungen der neuen Gesetze im ganzen Land zu spüren waren, konnten die Frauen nicht immer mit der Unterstützung der männlicher Parteikader rechnen. Einige Aktivistinnen litten unter Repressalien bis hin zu Folterung, Gefangenschaft und Mord. In der Mitte der fünfziger Jahre kam es zu einem Niedergang der Frauenbewegung und in den Schriften der Parteimitglieder wurde töchterliche Ergebenheit gefördert. Maos Einfluß in der Partei sank, als der Kampf für die Emanzipation der Frauen unter Beschuß geriet. Anstatt sich (aber) zurückzuziehen, trieb er entschlossen die Revolution voran, um den Sozialismus zu erreichen.

Der Große Sprung vorwärts, der 1958 begann, schloß neuerliche Anstrengungen zur Überwindung des untergeordneten Status der Frauen ein. Die Einführung der sozialistischen ökonomischen Strukturen bedeutete, daß Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und zentrale Wäschereieinrichtungen Teil des Programmes zur Befreiung der Frauen für die kollektive Arbeit Hand in Hand mit den Männern wurde. Dies waren weitverbreite Aspekte der Volkskommunen, die zu dieser Zeit gegründet wurden. Frauen begannen auf Gleichheit in Arbeitsbrigaden zu drängen und wurden ermutigt, neue Handwerksindustrien aufzubauen. Während diese Seiten des Großen Sprungs erfolgreich waren, blieb anderen der Erfolg versagt. Man warf Mao vor, die Revolution zu schnell voranzutreiben, und er wurde 1959 als Staatsoberhaupt durch Liu Shaoch'i abgelöst. Erneut wurde die Unterordnung von Frauen im Beruf und in der Familie ideologisch annehmbar. Ein Kritiker der Partei erklärte im Nachhinein: "Die bewußte Politik der KP China war oft auf die Unterordnung der Forderungen der Frauen unter die Parteidisziplin, Beschönigung rückwärtsgerichteter Tendenzen, Privilegien der Verwaltungshierarchie und einer unverhüllten Sympathie des Regimes für die bürgerliche Familie gerichtet, während die Schrecken der präkapitalistischen Unterdrückung der Frauen abgelehnt wurden."

Trotz der Gegenreaktion gegen die Infragestellung männlicher Autorität daheim durch die Frauen, konnten sie ihren Anteil an Lohnarbeit sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten ausbauen. Es heißt, daß 1960 80% aller Vorschulkinder in ländlichen Gemeinden kollektiv betreut wurden, während ihre Mütter einer Arbeit außer Haus nachgingen.

Kinderbetreuungseinrichtungen wurden ebenso in den Städten eingeführt. Der Anteil der Frauen in der Medizin, im Ingenieurwesen und in vielen anderen traditionell männlichen Arbeitsfeldern war deutlich höher als in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften. In Lehr- und Pflegeberufen, in der Kinderbetreuung in bestimmten Bereichen der Industrie (wie die Textilindustrie) hielt sich die Geschlechtertrennung, aber die Frauen kämpften für gleiche Rechte mit den Männern an ihren Arbeitsplätzen.

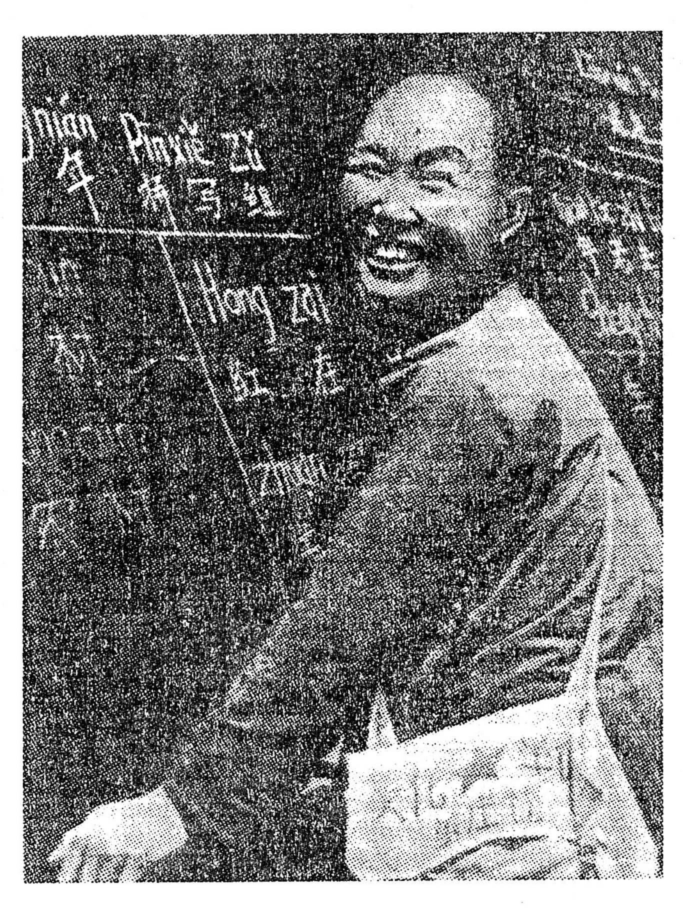
Trotz etlicher Widerstände (besonders in den ländlichen Gebieten) wurde die Abtreibung und die Sterilisation 1956 bis 1957 in ganz China verfügbar. Chinas verbessertes Gesundheitssystem und der gestiegene generelle Wohlstand ließen ein rasches Bevölkerungswachstum zu einer echten Bedrohung für den Aufbau des Sozialismus werden. Die Forderungen der Frauen nach Geburtenkontrolle wurden schließlich von der KP Chinas aufgegriffen, die nicht nur allen Frauen Empfängnisverhütungsmethoden zur Verfügung stellte, sondern auch ihre Anwendung förderte.

Der Prozeß der Industrialisierung zog viele Männer vom Land in städtische Gebiete. Sie überließen den Frauen die Verantwortung für die Agrarproduktion und die kleinen Industrien, die sich auf dem

Land entwickelten. Frauenmilizen dienten den Gemeinden, wenn diese von Naturkatastrophen heimgesucht wurden. Bauern, die in den Feldern arbeiteten, hatten aber auch die Gelegenheit, Fähigkeiten als Künstler, Artisten oder Gesundheitsspezialisten zu entwickeln. Verheiratete Frauen bekamen manchmal berufliche Aufgaben übertragen, die sie weit weg von ihren Heimatorten führte. Dies stand im krassen Gegensatz zur alten Gesellschaft, in der die Frauen niemals ihren eigenen Namen in der Öffentlichkeit hörten, sondern lediglich als die Frau oder die Mutter von dem-und-dem bezeichnet wurden. Im neuen China wurde damit begonnen, Frauen aus sich heraus als Genossinnen und als respektierte Mitglieder der Gemeinschaft zu sehen. Obwohl weiterhin die Männer in Partei- und Regierungsangelegenheiten zahlenmäßig stärker waren, wurden die Tabus gegen Frauen als Entscheidungsträger in der Öffentlichkeit ständig angefochten.

Während und direkt nach der Kulturrevolution, die von Mao Tse-tung, Chiang Ching und ihren Verbündeten 1966 initiiert wurde, begann die Partei eine ernsthafte Kampagne zur Bereinigung des Machtgleichgewichtes im politischen Leben. Das Ziel der Kampagne war die Rekrutierung der "Drei-in-Eins"- Kombination der Alten, der Mittelalten und der Jungen. Die Betonung lag dabei auf den Arbeitern und Armen sowie Mittelbauern, den Frauen und den nationalen Minderheiten. Ein Parteidokument stellte fest: "Wir müssen für leitende Posten nicht diese "Weisen alten Männer"- Elemente auswählen, die bis zum Hals in ihrer Karriereplanung versinken, kein Interesse an der Politik haben und bei keinem die Gefühle verletzen wollen."

Ein Teil der Kritik an Lin Piao und Konfuzius, die 1973 begann, war die Einführung des Prinzips: "Alles was eine Frau tun kann, kann auch ein Mann tun". Bis zu diesem Zeitpunkt lag die Betonung auf der Öffnung traditioneller Männerberufe für Frauen, also "Alles was ein Mann tun kann, kann auch eine Frau tun". Frauen waren zu Steinmetzinnen, Flugzeugpilotinnen, Bergsteigerinnen, Elektrikerinnen, Technikerinnen, Fallschirmspringerinnen, Wissenschaftlerinnen, Schriftstellerinnen und Militärpatrouillen ausgebildet worden. Die Kampagne zur Ermutigung der Männer, das zu tun, was bisher als Frauenarbeit angesehen wurde, - insbesondere Hausarbeit -, war weniger erfolgreich. Das Infragestellen der Annahme, daß eine Frau nach der Hochzeit in das Dorf ihres Ehemannes ziehen muß, war ebenfalls ein Teil der Kulturrevolution, aber dem wurde mit breitem Widerstand begegnet und es wurde nie eine zentrale Angelegenheit. So schrieb eine chinesische Frau: "In bestimmten Dörfern haben patriachalische Ideen immer noch ihre Auswirkungen. Es gehen verhältnismäßig mehr Jungen als Mädchen in die Schule. Eltern brauchen die Mädchen für die Hausarbeit. Einige meinen sogar, daß Mädchen schließlich eine neue Familie gründen würden, und es sich daher nicht auszahlt, sie zur Schule zu schicken ... Da die Bauern die Arbeitskraft in ihren Familien vergrößern wollen, wird die Geburt eines Sohn erwartet und die Geburt einer Tochter als eine Enttäuschung angesehen ... Nur wenn die feudal-patriarchalische Ideologie ausradiert wird, können wir mit der vollständigen Errichtung der Geschlechtergleichheit rechnen.



In den Volkskommunen lebten weiterhin drei Generationen einer Familie unter einem Dach und die Familien beschäftigten sich weiterhin mit der Kleinproduktion. Es wurden aber trotzdem Mutter- und Kind - Gesundheitseinrichtungen für die gesamte Kommune aufgebaut. Einige Kommunen richteten Zentren für die Altenfürsorge ein. Die Hausarbeit wurde teilweise sozialisiert, mit der Einführung von Nähgruppen und landwirtschaftlichen Forschungsstationen. Modellkommunen waren solche, wo Frauen Leitungsfunktionen übernahmen und gegen Verleumdungen kämpften, wie sie in Bemerkungen wie: "Wenn eine Frau das Kommando hat, wachsen keine Bäume mehr", zum Ausdruck kamen.

Nach dem Tod Maos im Jahre 1976 wurde Chiang Ching von den heutigen Führern vorgeworfen, "die Massen zu spalten" und "Männer gegen Frauen aufzuhetzen". Den Respekt, den Mao ihr als professioneller Schauspielerin und als intellektuelle Führerin der Kulturrevolution gezollt hat und insbesondere seine Wahl, sie als seine Nachfolgerin zu bestimmen, wurde von Teng Hsiao-ping und seinen Horden gegen die Revolution gerichtet. Sie verhafteten Chiang Ching und ließen eine gehässige Kampagne vom Stapel, um sie als überehrgeizige Frau, Schlampe und ungehorsame Ehefrau zu verunglimpfen.

Das alte Kulturministerium, das Mao das "Ministerium der Kaiser, Könige, Generäle und Geistlichen, das Ministerium der ausländischen Mumien" nannte, wurde während der Kulturrevolution gestürzt. Neue Kulturproduktionen fochten die traditionelle Frauenrolle als Dienerin und Handlangerinnen oder Spielzeug für Männer an, und zeigten sie stattdessen als Heldinnen und Führerinnen im revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Staatsbürokratie. Diese Produktionen wurden von der Konterrevolution, die nach Maos die Macht ergriff, verboten. Kader, die Filme wie "Mit alten Ideen brechen", "Die rote Frauenabordnung", und "Frühlingsschößling" produzierten, wurden verhaftet und diffamiert.

Während der Kulturrevolution zogen annähernd 10 Millionen AbiturientInnen (und StudentInnen), Frauen und Männer in gebirgige oder ländliche Regionen, um bei der Entwicklung des Bildungs- und Kulturprogrammes zu helfen. Gleichzeitig wurden Arbeiterpropagandatrupps zu Kollegen und an die Universitäten geschickt, um bei der Umwandlung der Bildungsinstitutionen zu helfen, damit diese Chancengleichheit bieten konnten und die Bedeutung proletarischer Werte in der Erziehung wiederspiegelten. Diese Anstrengungen hoben den allgemeinen Bildungsstand unter den chinesischen Bauern und Arbeitern an, und versetzten vor allem Frauen in die Lage, alte Benachteiligungen, die sie von der Entwicklung intellektueller und technischer Fähigkeiten abgehalten hatten, zu überwinden. Älteren Frauen wurde die Möglichkeit gegeben, gemeinsam mit Chinas Jugend zu studieren. Mao förderte die Idee, daß Arbeiterpropagandatrupps auf Dauer in den Schulen bleiben sollten und daß die Jugendlichen aus den Städten weiterhin in den ländlichen Gebieten arbeiten sollten, bevor sie ihre höhere Bildung (das Studium) begannen. Seine Nachfolger hingegen verfolgten alle, die die Bewegung zur Demokratisierung von Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätzen anführten und warfen ihnen vor, "die in-



tellektuelle Entwicklung und die Aneignung von Wissen abzulehnen".

Die Revolution in Chinas Gesundheitswesen während der Ära Maos hat selbst unter den Kritikern der chinesischen Revolution breite Anerkennung gefunden. Durch das Programm der "Barfußärzte", das während der Kulturrevolution eingeführt wurde, wurden mehr als eine Million Bauern, - Männer wie Frauen - bis 1976 ausgebildet. Das Programm betont die vorsorgenden Gesundheitsmaßnahmen und eine Kombination von modernen und traditionellen Methoden zur Behandlung von Patienten. Obwohl es von Teng Hsiaoping als "nicht genügend professionell" abgelehnt wurde, wurde dieses Programm nie völlig abgebaut. Es wurde als ein Modell für Agrarländer angesehen, und hat China an die Spitze vieler industrialisierter Länder in Bezug auf die Lebenserwartung und die Volksgesundheit seiner Bevölkerung gesetzt. Amerikanischen Wissenschaftlern, die weltweit das semiprofessionelle Gesundheitswesen beobachten, zufolge ist: "... Das Gesundheitswesen wirklich ein strahlendes Licht aus der Mao-Ära, das bis heute nichts von seinem Schein eingebüßt hat." Ein Baby, das in Shanghai geboren wurde, hatte 1980 bessere Überlebenschancen, als ein in New York geborenes Kind, und die Lebenserwartung war höher, als die der nichtweißen Bevölkerung in New York.

Zu den außergewöhnlichen Leistungen der Mao-Ära in China gehört die Ausrottung der Syphilis und anderer Geschlechtskrankheiten. Diese Krankheiten waren die Folge der Invasionen ausländischer Armeen, die im 16. Jahrhundert begannen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die Armut die Reihen der Kindersklaven, Prostituierten und Drogensüchtigen unvorstellbar anschwellen lassen. Etliche Bemühungen, diese Probleme in den Griff zu bekommen, waren wegen der fortgesetzten imperialistischen Übergriffe auf chinesisches Gebiet erfolglos. Nach der Revolution unterstützte Mao direkte Massenaktionen der Chinesen zur Schließung der Bordelle (die gleichzeitig Opiumhöhlen waren). Die Prostitution wurde 1951 verboten und es wurden Rehabilitationszentren eingerichtet, um Prostituierte in neuen Berufen auszubilden. Es wurden auch Programme zur sozialen Sicherung und zur Hilfe für Behinderte eingeführt.

Durch die Ausschaltung der Anwesenheit ausländischer Truppen auf chinesischem Boden, durch den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und extreme Armut und durch die Schaffung eines neuen sozialen Status für Frauen, setzten die Chinesen, sogar noch bevor wirksame Behandlungen gegen Geschlechtskrankheiten entwickelt worden waren, an den Ursachen der Prostitution an. Mit der Verfügbarkeit von Penicillin Mitte der fünfziger Jahre begann die Regierung eine nationale Kampagne zur Ausrottung von Syphilis und anderen übertragbaren Krankheiten (zu planen). An einigen Orten, wie zum Beispiel Shanghai, wurde die gesamte Bevölkerung getestet und die Infizierten behandelt. In ländlichen Gebieten wurden spezielle medizinische Teams mobilisiert und ausgebildet, um der ansässigen Bevölkerung zu helfen, ihren Widerstand gegen die Erkennung der Krankheit zu überwinden und eine erfolgreiche Behandlung zu ermöglichen. 1964 wurden bei einer Untersuchung in den sieben größten Städten Chinas lediglich 20 Fälle von Syphilis auf hundert Millionen Einwohner gefunden. In einer Untersuchung ländlicher Gebiete, wo die Krankheit früher sehr weit verbreitet war, wurden keine Neuerkrankungen festgestellt.

Das Wiederauftauchen der Syphilis und anderer Geschlechtskrankheiten und die Wiedereinführung der Prostitution im China von heute ist eine der tragischsten Folgen der Unterdrückung des Kampfes für den Kommunismus. Die in einer Reihe von südostasiatischen Ländern florierende Tourismusindustrie bringt Frauen als "exotischen Leckerbissen" in gecharterten Sex-Reisen über die Grenzen. Chinesische Bars bieten blonde blauäugige russische "Hostessen" an, während südchinesische Frauen in Thailands Sexindustrie zu finden sind. In China wurden 1992 mehr als 240.000 Menschen wegen Prostitution verhaftet.

Trotz des Schwungs, mit dem Chinas pro-kapitalistische Führung in den frühen achtziger Jahren mit der "geistigen Verunreinigung" der chinesischen Gesellschaft fertigzuwerden versuchte, die kurz nach dem Militärputsch von 1978 offensichtlich wurde, gediehen weiterhin "Bourgeoise und andere dekadente Ideologien". Die chinesische Regierung ließ Vergewaltiger ebenso wie Intellektuelle, die Teng Hsiaopings Wirtschaftspolitik kritisierten und Arbeiter, die die "Produktion sabotierten", hinrichten und erklärte, das es sich um "niederschmetternde unkontrollierte, während der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 entstandene Gesetzlosigkeit" handle. Der Schwung, mit dem die Sexualmoral gewahrt wurde, der in der ausländischen Presse als ein "Angriff auf die westliche Kultur" dargestellt wurde, war von kurzer Dauer, denn er drohte Chinas neue wirtschaftlichen Bande mit dem Westen zu unterminieren.

Die wirklichen Gründe für das Aufleben der Prostitution und für die sexuelle Verunglimpfung von Frauen wurden selbst für ausländische Journalisten offensichtlich, als sich die kapitalistische Entwicklung in China beschleunigte. Ein Reporter der New York Times schrieb in einem am 28. Juli 1992 erschienen Bericht: "Da die chinesische Gesellschaft sich mehr auf den Profit als auf die Gleichheit konzentriert, und da die kommunistische Moral an Einfluß verliert, verlieren die Frauen in einigen Fällen den Boden, den sie zu Maos Zeiten gewonnen hatten." Der Artikel fuhr fort, die Diskriminierung von Frauen in Beruf, Haushalt und bei der Landverteilung zu dokumentieren. Zahlreiche Reportagen aus China zeigten auf, daß Frauen zunehmend wegen ihrer körperlichen Attraktivität engagiert wurden, um Geschäfte einzubringen. Die Werbung hat als Teil einer neuen Warenkultur zu einer Änderung in der Kleidung von Frauen geführt. Frauen werden gekündigt, wenn sie schwanger werden und kommen für die Spitzenposten in der Verwaltung nicht mehr in Betracht. Statt dessen werden bei Geschäftstreffen nach dem Essen junge Models hervorgeholt, um mit den Gästen zu tanzen. Obwohl immer noch Frauen in Bereichen wie Ingenieurwesen ausgebildet werden, ist es für sie fast unmöglich, in solchen Berufen eine Anstellung zu finden.

Die chinesische Regierung hat eine Gesetzesänderung zur Gleichberechtigung verabschiedet und damit die wachsenden Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zur Kenntnis genommen, aber es gibt keine Durchführungsbestimmungen. Als in den Achtziger Jahren die Kommunen zerstört wurden, wurde der Großteil der Ländereien an Männer gegeben. Chen Yiyun, ein Soziologe der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, merkt an: "Frauen gebären Kinder und dies beeinträchtigt die Zeit, die sie der Berufstätigkeit widmen können. Unglücklicherweise ist durch die Marktwirtschaft eine Geschlechterdiskriminierung eingeführt worden."

Während die Frauen unter Diskriminierung in akademischen und Verwaltungsberufen zu leiden haben und auf dem Land die Arbeitslosigkeit verbreitet ist,

werden sie in internationalen Produktionsstätten übermäßig ausgebeutet. Frauen vom Land aus der südlichen Guangdong Provinz verwandeln das Gebiet in "Chinas größte Erfolgsgeschichte`, und übertreffen dabei Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan. Sie werden gezwungen, Überstunden zu machen, arbeiten unter unzumutbaren Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen, ohne Bezahlung der Überstunden, haben schreckliche Unterkünfte und sind ständig sexuellen Übergriffen der Bosse ausgeliefert. Eine Kultur der Gewalt, der Drogenabhängigkeit und der Prostitution gedeiht.

Eine 1982 eingeführte Gesetzgebung versuchte, Streiks der chinesischen Industriearbeiter zu unterbinden. Seitdem tun die Gewerkschaften kaum mehr, als Unterhaltungs- und Sportveranstaltungen zu organisieren, während sie gleichzeitig noch höhere Beiträge einziehen. Proteste und Unzufriedenheit in der Industrie, vor allem in den größeren Städten, haben dennoch die Notwendigkeit für die gegenwärtige chinesische Regierung herausgefordert ...

Im China Mao Tse-tungs hatten arbeitende Mütter großzügigen Mutterschaftsurlaub, mehrere Stunden nach eigener Wahl arbeitsfrei zum Stillen und Schutz vor Belästigungen, ungerechtfertiger Entlassungen, Degradierung und Lohnsenkungen. Heutzutage werden automatisch die Frauen vor den Männern entlassen, wenn die Arbeitskräfte reduziert werden müssen. Frauen machen schätzungsweise 80% der überschüssigen Arbeitskräfte aus. Für diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, gibt es keine medizinische oder soziale Versorgung. Es werden regelmäßig Durchsuchungen der Arbeiter durchgeführt. Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen sind in Arbeiterunterkünften generell nicht verfügbar. Während die Preise ständig steigen, tun die Arbeiterlöhne das nicht.

Obwohl die Rolle der Frau in der chinesischen Industrie in den nordchinesischen Städten immer unbedeutender wird, sind die Frauen oft die Hauptstütze des Familieneinkommens in der inoffiziellen Wirtschaft, vor allem als kleine Unternehmer auf dem Lande. In vielen Teilen Chinas sind die Frauen gefragt für harte Arbeit, die notwendig ist, um Familien zu ernähren, die nicht mehr in die gemeinschaftlichen Anstrengungen eingeschlossen sind. Dies wird als wachsendes Problem angesehen, teilweise wegen der Praxis des Kindermordes an Mädchen, der im letzten Jahrzehnt häufig geworden ist. In den letzten Jahren sind viele junge Mädchen von Banden entführt und als Bräute verkauft worden. Frauen werden auch von ihren eigenen Familien verkauft. Ein Mann wurde hingerichtet, nachdem er wegen des Verkaufs seiner Mutter, seiner Frau und seiner Tochter sowie von 18 anderen Frauen in die Sklaverei verurteilt wurde. Wie verlautet, retteten die Autoritäten im Jahre 1990 in einer einzigen Provinz 10.000 Frauen. Mit den Worten eines Reporters: "Vorbei sind die Tage Maos, als Ehebrecher ins Gefängnis oder in "öffentlichen Kampftreffen" gezüchtigt wurden und Mädchenräuber automatisch eine Kugel in den Kopf bekamen." Eine neue Leidenschaft für materiellen Wohlstand hat viel moralische Tabus in China ausgelöscht, wo Frauen nun wieder eine Ware sind, die auf dem Sklavenmarkt erhältlich ist.

Der Wandel in Chinas Wirtschaft, der von Geschäftsleuten, die daran interessiert sind, das chinesische Volk als Markt für die kapitalistische Produktion zu kultivieren euphemistisch "Reform" genannt wird, geschieht weniger durch offizielle Anordnungen als durch graduellen Zerfall der staatlich unterstützten Unternehmen zusammen mit einer Zunahme von Korruption und Bürokratie einschließlich der Auferlegung von willkürlichen Steuern durch die örtlichen Autoritäten. Manche Wissenschaftler bezeichnen die Situation als halbfeudal.

Die Wanderarbeit, das schnelle Wachstum kleiner Industrien am Rande der großen Städte, die Proletarisierung auf dem Lande und massive Arbeitslosigkeit haben eine tiefgreifende Änderung in den Beziehungen zwischen den Menschen bewirkt. Während der Zeit Maos war der Glaube an die Möglichkeit der Perfektionierung der menschlichen Natur weitverbreitet. Ehrlichkeit wurde gefördert und belohnt. Heute existiert eine Mentalität des "Ausplünderns" sowie weitverbreitetes Mißtrauen in Regierungsgrößen und kleinlicher Vandalismus, Diebereien und Unhöflichkeiten unter den Menschen im allgemeinen. Einige wenden sich der Religion zu, um mit der Entfremdung fertigzuwerden. Andere verlassen das Land. Viele arbeiten in Fabriken in Orten wie New York, wo sie verpflichtet sind, Sponsoren einen Teil ihrer Löhne zu bezahlen, während sie sich mit dem Erlernen der englischen Sprache und der Verbesserung ihrer Lebensumstände herumschlagen. Junge Leute werden manchmal dazu gezwungen, sich an illegalen Aktivitäten zu beteiligen.

Die chinesische Regierung wirft immer wieder dem Westen vor, zu versuchen, Chinas Moral zu sabotieren, indem er Pornographie verbreitet und das Glücksspiel sowie den Gebrauch von Drogen fördert. Auf der anderen Seite manövrieren Regierungskräfte, um ihre eigenen Kinder zur Ausbildung in den Westen zu schikken. Die Ausbildungsmöglichkeiten haben in China abgenommen und es werden jetzt Schulgebühren eingehoben. In den Grundschulen gibt es jetzt 50% mehr Jungen als Mädchen. Die Gesundheitsfürsorge wird ebenfalls immer teurer und begrenzt damit auch die Möglichkeit persönlichen Fortschrittes. Während der Kulturrevolution lernten die Studenten Arbeit, Studium und politische Bildung zu verbinden, sich gegenseitig bei der Überwindung persönlicher Schwierigkeiten zu helfen und so ihren Kommunen wirksam zu dienen. Institutionalisierte Dienstleistungen wurden unter Anwendung von Konzepten der Selbständigkeit und der gegenseitigen Hilfe entwickelt. Technische Schulen wurden zum Volk gebracht und Lehrpläne mit den Bedürfnissen der Kommunen verbunden. Die Familien waren nicht von den Zielen der Gesellschaft als ganzes isoliert und wurden ermutigt, "die Vergangenheit in den Dienst der Gegenwart zu stellen". Heutzutage werden die Individuen alleingelassen, um miteinander um Arbeitsplätze und Privilegien zu konkurrieren. Unterstützungsprogramme für Frauen sind rar und teuer. Vor allem teilt die Jugend nicht mehr eine gemeinsame Vision von der Zukunft. Das Fortschreiten zum Sozialismus ist plötzlich von einem Gerangel um persönlichen Erfolg - oder das nackte Überleben - ersetzt worden in einer Atmosphäre, wo gegenseitiges Mißtrauen, Zynismus und Verzweiflung immer alltäglicher werden.

Allerdings ist das Vermächtnis von Maos China nicht verloren. Es ist in China immer noch lebendig - wie sich an dem Unvermögen der gegenwärtigen Regierung, die Erinnerung an Mao zu unterdrükken, zeigt. Vielleicht ist sie in den Kämpfen um nationale Befreiung und revolutionäre Umwandlung, die zur Zeit in Peru, in der Türkei, den Philippinen, Eritrea, Südafrika und vielen anderen Ländern geführt werden, noch lebendiger. In allen diesen Kämpfen können Männer und Frauen Ermutigung in den historischen Triumphen des chinesischen Volkes unter der Führung von Mao Tse-tung finden.

Die chinesische Revolution und besonders die Kulturrevolution, die in den sechziger Jahren begann, gab den Frauenbewegungen der industrialisierten Länder Auftrieb. Viele Frauen organisierten Bewußtwerdungsgruppen und initiierten ihre eigenen Versionen der "Besprecht die Verbitterung" - Bewegung in den Bürgerrechts-, Antikriegs- und feministischen Bewegungen. Frauen lernten Kritik und Selbstkritik, die Errichtung freier Kliniken, Schulen und Frühstücksprogrammen. Schwarze Aktivisten in den Vereinigten Staaten wurden besonders durch die Kulturrevolution ermutigt. Die Universitäten wurden für Minderheiten geöffnet. In Frankreich und Jugoslawien verbanden Studenten und Arbeiter ihre Kräfte, um die bürokratischen Institutionen herauszufordern. Überall stellten Frauen die männliche Vorherrschaft in den politischen Organisationen zu denen sie gehörten, in Frage. Auch heute, angesichts der Enttäuschung ebenso wie zur Feier unserer Erfolge, werden wir ständig daran erinnert, daß "Frauen die Hälfte des Himmels hochhalten", daß "Rebellion gerechtfertigt ist" und das "Einheit nur durch Kampf erreicht werden kann".

Die unvollendete Angelegenheit der Revolution ist die unvollendete Angelegenheit der Frauen. Und dafür schulden wir Mao Tse-tung unserem Genossen und Freund eine Menge.

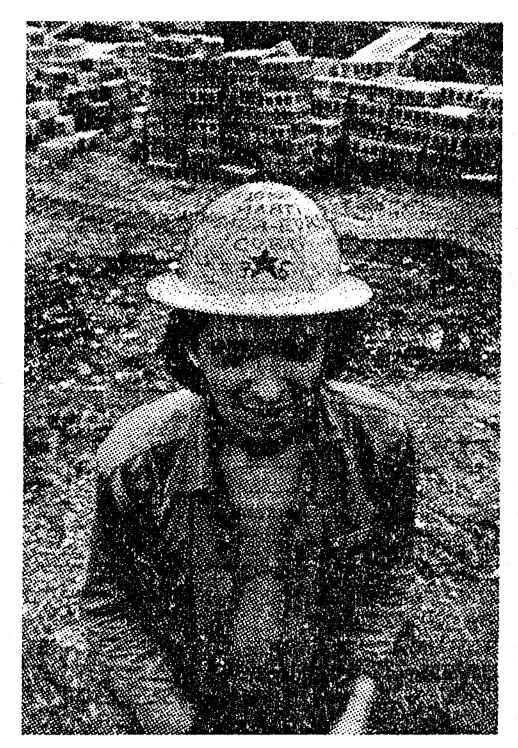
Carol Andreas
Professorin der Soziologie, Universität von Nord-Colorado

LeserInbrief

Zu Cuba

Mir hat ja der Artikel zu Cuba gut gefallen, aber ein wenig mehr zu den Microbrigadas hättet ihr doch schreiben können. Die Microbrigadas sind eine Form der Selbsthilfe der cubanischen Bevölkerung, um ihre wichtigsten Probleme zu lösen, wovon auch dort wie überall das Wohnungsproblem eins ist. Diese Microbrigadas wurden das erste mal 1970 ins Leben gerufen. Nachdem einige zig-tausend Wohnungen durch diese Brigaden gebaut wurden und es wirtschaftlich in Cuba so aussah, daß die Bauindustrie den Wohnungsbau durch verbesserte Technologien und eine bessere Baustoffindustrie schneller und nicht so laienhaft bewältigen kann, wurde diese Bewegung der Microbrigadas aufgelöst. Das Wohnungsbauwesen wurde dann allerdings oft zugunsten von anderen wichtigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder Industriebauten hintenangestellt. Außerdem stellte sich heraus, daß die technologischen Verbesserungen nicht den Erfolg gebracht haben, wie vorgesehen. Aus diesen Gründen wurde die Microbrigadas-Bewegung im Juni 1986 wiederbelebt. Es gab eine wichtige Änderung zu der ersten Bewegung: Neben den Wohnbauten wurden Bauten für die Allgemeinheit mitgebaut. Das sieht ungefähr so aus: Wenn neue Siedlungen gebaut werden, z.B. im Zusammenhang mit der Entstehung einer neuen Kooperative, dann werden nicht nur einfach Wohnhäuser hingesetzt, sondern gleichzeitig neben der obligatorischen Grundschule (bis zur 6. Klasse) ein Kindergarten, Sozialstation, Familienarzt, Läden (wenn auch z.Z. nicht viel drin zu kaufen ist), vielleicht ein Schwimmbad und eine Bibliothek, eben was so an Infrastruktur alles dazugehört. In diesen Orten auf dem Land wohnen gut 1000 Menschen.

Microbrigadas sind Wohnungsbaubrigaden, die aus Arbeitern und Arbeiterinnen aus allen möglichen größeren Betrieben zusammengestellt werden, wobei die einzelnen Betriebe eigene Brigaden bilden. Meistens sind das Menschen, die dringend eine Wohnung benötigen. Wenn sie in einem Betrieb arbeiten, wo sie "entbehrlich" sind, dann arbeiten die Kollegen in den Betrieben für diese Microbrigadisten mit, erfüllen also mehrfaches Arbeitspensum, damit die Microbrigaden gebildet und die Häuser einschließlich der Infrastruktur gebaut werden können. In der Zeit erhalten die Brigadisten ihren betrieblichen Lohn weiter, haben also keine Einbußen an ihrem Lohnstandard. Sind die Häuser fertig gebaut, gehen die Arbeiter problemlos an ihre alten Arbeitsplätze zurück. Wenn sie Wohnungssuchende sind, bekommen sie dann diese von ihnen gebaute oder eine Wohnung an ihrem Heimatort, eingerichtet mit Kühlschrank, Fernseher, einfache Grundausstattung an Möbeln entweder mietfrei oder sie zahlen maximal 10% ihres Einkommens an Miete. Für CubanerInnen, die Wohnungssuchende sind, aber nicht in einem Betrieb arbeiten, die eine Microbrigada zusammenstellen können, z.B. Krankenhäuser oder touristische Einrichtungen, ist es bedeutend schwieriger, eine eigene oder größere Wohnung zu bekommen. Sie müssen eine Wohnung bei der Gemeinde- oder Stadtverwaltung beantragen und werden dann je nach der Bedürftigkeit berücksichtigt bei der Vergabe von Wohnungen. Die Verwaltungen erhalten zur Vergabe jeweils 50% der durch die Microbrigadas fertiggestellten Wohnungen.



Ende November war ein Cubaner hier zu Besuch und er hat einiges zu den neueren wirtschaftlichen Entwicklungen in Cuba erzählt:

Cuba verstärkt seine wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zu China und Vietnam. China ist momentan nach Rußland der zweitgrößte Handelspartner für Cuba, also ein sehr wichtiger Handelspartner. Für China hingegen ist das Volumen des Handels mit Cuba recht gering im Verhältnis zur Größe seines Landes. China selbst sieht diese Beziehungen zu Cuba eher als politische und moralische Unterstützung für das "kleine" Land Cuba.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Vietnam befinden sich in der Entwicklungsphase. Cuba und Vietnam sind etwa gleich große Länder mit ähnlicher Wirtschaftskraft. Vietnam wird hauptsächlich Reis nach Cuba liefern, womit die Nahrungsmittelknappheit in Cuba gelindert werden soll. Wichtig für diese Beziehungen ist der Umstand, daß beide Länder durch die USA-Blockade betroffen sind. Allerdings gab es in Vietnam eine andere Entwicklung als in Cuba, schon durch die geographische Lage bedingt. Vietnam hat viele Anliegerstaaten, die einen intensiven Handel mit diesem Land getrieben hat, auch trotz der Blockade durch die USA. Von Vorteil für Vietnam war die große räumliche Trennung zur USA, so daß diese die Einhaltung der Blockade nicht ständig und nicht genau kontrollieren konnten. Außerdem hat die vietnamesische Regierung die Entwicklung von privatem und halbstaatlichen Kleinhandel und Mittelstandsbetrieben zugelassen, unter staatlicher Kontrolle. Das hatte zur Folge, daß die kleinen überlebensnotwendigen Infrastrukturen vorhanden sind, die in Cuba fehlen oder erst im Aufbau begriffen sind. Die cubanische Regierung hat sich das vietnamesische Modell sehr genau angesehen und wollen die Grundzüge, die für Cuba nutzbaren Teile dieses Systems, auf cubanische Verhältnisse angewandt, einführen. Das bedeutet, daß die Entwicklung von Kleinbetrieben, privatem Handel und auch landwirtschaftlicher Privatbetriebe zugelassen und gefördert wird. Eine Reihe von Ein-Personen-Betrieben gibt es schon, so z.B. Schuster, Fahrradreparateure und Kleinhändler. Die auch zugelassenen Privatgaststätten wurden wieder geschlossen oder verstaatlicht, da die Regierung eine Konkurrenz zu den staatlichen Tourismuseinrichtungen befürchtet. Das heißt, die Regierung hat Bedenken, daß Dollareinnahmen aus dem Tourismus, die ja dringend benötigte Devisen sind, in nichtstaatlichen Händen bleiben.

LeserInbrief, Dezember 1993

Ja, es stimmt, wir lieben die Revolution nicht

Das ist das eigentliche Bekenntnis eines Leserbriefes im Info-Verteiler Nr.37, der den irreführenden Titel trägt: *"Ja, es stimmt, wir lieben Stalin nicht"*, unterschrieben von einer schwarzen Distel, die eher grün und völlig stachellos erscheint. Gerade deshalb bedarf der Artikel einiger spitzer Bemerkungen.

1) **Da ist die Frage der Liebe.** Eine schwarze Distel zitiert im Brustton der Überzeugung die Werke von Marx quer durch den Gemüsegarten, und gipfelt heroisch in der Verbannung der Gefühle aus der Politik und Gesellschaft!

Auf diesem Wege geraten unsere autonomen Freunde sehr nahe an die Denkweise der bürokratischen Dogmatiker wie Honecker und Breschnew, die meinten, es genüge, das marxistische Wohl des Volkes in Buchform tausendfach verteilen zu lassen, sich um die tatsächlichen Gefühle der Menschen aber einen Dreck kümmern zu müssen.

Und umgekehrt: meine bescheidenen praktischen Erfahrungen machten mir deutlich, welche wichtige rationale und emotionale Kraft frei wird in einem Massenstreik, ja selbst in einem Abteilungsstreik. Nicht nur das Klassenbewußtsein, sondern auch das Gefühl der Solidarität, der kämpferischen Kameradschaft, des gegenseitigen Vertrauens wirkt anspornend und schöpferisch auf die Aktivitäten und Ideen der Beteiligten.

Das ist in der Liebe zwischen zwei Partnern nicht anders, und auch sie ist von ihnen zwar selbst erarbeitet, aber sicher nicht erfunden, denn sie ist Produkt der jeweiligen Gesellschaft. Deshalb ist die Frage, ob man einen politischen Menschen liebt oder haßt, keine Frage der Mythologie, kryptoreligiös etc., und sogar noch weniger ist es eine *"Kategorie, die in den Bereich individueller Gefühlswelt fällt"*. Es ist ganz einfach eine Frage des Klassenbewußtseins, aus der Realität des Klassenkampfes entstanden.

Das Studium des Marxismus soll uns ja nicht dazu führen, möglichst viele passende und unpassende Zitate aus einem vollen Bücherregal heraussuchen zu können, sondern unser Denken und Handeln einschließlich unserer Gefühle mit der realen Wirklichkeit in Einklang zu bringen (mit der *"Einsicht in die Notwendigkeit"* = Freiheit).

Die schwarze Distel leugnet die Liebe in der Politik. Liebt sie auch die Menschen nicht, für die sie revolutionäre Artikel schreibt? *"Man muß die Genossen lehren, die Volksmassen zu lieben, ihrer Stimme aufmerksam zu lauschen; jeder Genosse soll, wohin auch immer er geht, mit den Volksmassen an dem betreffenden Ort verschmelzen, sich nicht über sie stellen ..." "Ein Marxist muß die Interessen der Arbeiterklasse über alles stellen. Er muß sich um die anderen Menschen mehr sorgen als um sich selbst ..."* Kann man wirklich Revolutionär sein, ohne die Massen und die Genossen zu lieben?

Maotsetung (siehe obige Zitate), als *"Stalinist"* beschimpft, hat sein Leben lang gegen solche Pseudorevolutionäre und Phrasendrescher angekämpft, die den Marxismus nur aus den Büchern und nicht aus dem Leben gezogen haben, die den Menschen im Grunde indifferent (*"weder lieben noch hassen"*) gegenüberstanden.

2) **Es hat den Anschein, daß die Verfasser folgerichtig auch die sozialistische Revolution nicht besonders lieben.** Denn sie möchten die Arbeiter offenbar aus der Welt gewaltsam herausreißen, die allein imstande wäre, heute und morgen die Milliardenmassen werktätiger Menschen menschenwürdig zu ernähren - aus der kollektiven, industriellen Großproduktion. Statt des Kapitalismus attakkieren sie die *"Technologisierung, Intensivierung und Rationalisierung der Arbeit"*.

Ihrer Logik zufolge war die berühmte Frankfurter Küche von Margarete Schütte-Lihotzky, die bewußt die wissenschaftlichen Arbeitserleichterungen des Taylor-Systems in den Dienst der berufstätigen Frau gestellt hat, angeblich zu deren Versklavung bestimmt. Ihren Argumenten nach dürfen die *"assoziierten Individuen"*, wenn sie endlich die Macht über Staat und Produktion erobert haben, und sie in ihrem Sinn revolutionär umwälzen, sich ihre gemeinsame Arbeit nicht erleichtern, rationalisieren, auf den höchsten Stand der Wissenschaft und Technik bringen, das heißt intensivieren und höherentwickeln zu gemeinsamem Nutzen und Fortschritt.

Vor allem aber, und das scheint mir der eigentliche Kern der Sache zu sein, sprechen sich die Autoren gegen ein grundlegendes Prinzip der sozialistischen Produktionsweise - jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung - aus. Im Gegensatz zum Betrug und zur Ausbeutung im Kapitalismus sollen im Sozialismus tatsächlich auch jene die Früchte der Arbeit genießen, die sie auch leisten. *"Die Müßiggänger schiebt beiseite!"* heißt es in dem berühmten Lied der *"Internationale"*. Das richtet sich vorwiegend gegen die feisten Aktionäre, aber auch gegen jene kleinen Schmarotzer, die sich zunächst scheinbar an die Seite der Arbeiter stellen, in Wirklichkeit aber bei geringster Leistung den süßesten Rahm abschöpfen möchten.

Die Autoren zitieren aus jenem Artikel Lenins, in dem er aktuell ein Organisationsprogramm gegen die halbfeudalen, bürgerlichen und kleinbürgerlichen Überreste und die Folgen des Krieges im neuen sowjetischen Wirtschaftsleben beschreibt. Darin tritt er für eine rigorose Disziplin, Ordnung und Kontrolle der Arbeit und der Verwaltung als *"Diktatur des Proletariats gegen kleinbürgerliche Schwankungen"* ein.

Die Autoren diskriminieren sich selbst, wenn sie sich gerade gegen diese Aufgabe des Sozialismus so heftig zur Wehr setzen. Sie verstecken die wirkliche Absicht von Lenins Artikel und unterschieben ihm mit Hilfe herausgefetzter Satzteile ein ausbeuterisches *"Yuppie-Programm"*.

Diese feige Methode kalkuliert mit der Tatsache, daß nicht jeder Lenins Werke im Regal stehen hat, und ihre Absicht nicht unmittelbar durchschaut werden kann. Sie legt aber auch die Vermutung nahe, daß die Autoren eventuell zu jenen Personen gehören, die zwar die Bürde der Monopolherrschaft abwerfen möchten, sich dazu der Revolution der Arbeiterklasse bedienen möchten, aber weder die Arbeit noch die Arbeiter besonders lieben. Am allerwenigsten lieben sie die gesellschaftliche Kontrolle darüber, wer tatsächlich etwas leistet und wer nur groß daherredet. Die ist im Sozialismus aber unentbehrlich.

3) **Es ist daher auch kein Wunder, daß sie Stalin nicht lieben.** *"Die Politik der Sowjetunion und damit Stalins"*, die sich gegen die Schmarotzer im Volk gerichtet hat, erwähnen sie lieber mit keinem Wort. Doch sie ist noch immer nicht vergessen. Im Ruhrgebiet 1983, 1000 Meter unter der Erdoberfläche, wo wir die Kohle für die Bosse abbauten, hatten wir nicht nur schwer unter den natürlichen Arbeitsbedingungen zu leiden. Noch schwerer quälten uns die Schikanen und die Hetze eines Betriebsleiters, dessen grundsätzliche Unfähigkeit wir auch noch mit unserer Kraft und Gesundheit auszubaden hatten. In so einer Situation sagte ein zermürbter Kollege plötzlich (er interessierte sich nicht sehr für Politik): *"Unter Stalin hätten wir diesen Betriebsleiter nach Sibirien geschickt"*.

Zunächst war ich baff. Nach kurzem Überlegen sagte ich: *"Jawohl! Aber nichtmal das würde ihn zur Einsicht bringen."*

Das war doch richtig von der KPdSU unter Stalin, jene hart anzupacken, die sich dem Volk ins Genick setzten oder mit Betrug und Verrat den jungen Sozialismus schon wieder erwürgen wollten! Laßt uns doch nicht so blauäugig sein und meinen, die Bestialität, Intrigen und Feigheit der Bourgeoisie seien nach einer Revolution vom Erdboden verschwunden, und der Sozialismus sei am Anfang ohne Diktatur aufzubauen! Der Fehler der KPdSU lag darin, den ideologischen Kampf in den Massen zu wenig zu verankern, nicht kühn genug das Volk selbst gegen die ständig neu entstehende Bürokratie in Wirtschaft und Staat, ja in der Partei selbst und gegen den Prozeß ihrer Verbürgerlichung zu mobilisieren - und mittels einer großen, beständigen, vorwiegend ideologischen Massenbewegung die Spreu vom Weizen zu trennen.

Statt in jedem einzelnen Fall zu unterscheiden, zu ringen im Produktionskollektiv, in der Kommune, in der Parteizelle um die richtige Einschätzung von vorwärtstreibend und rückschrittlich, von positiv und negativ, von Verdiensten und Vergehen, statt das ideologische Niveau und die Selbstorganisation der Massen höherzuentwickeln durch gründliche kollektive Erziehung und Beurteilung der nützlichen und schädlichen Schritte im Aufbau des Sozialismus, wurde überwiegend der bestehende sozialistische Staatsapparat administrativ zur Verteidigung der Interessen des Volkes eingesetzt.

Dieser Apparat hatte aber selbst schon begonnen zu verbürokratisieren. Dadurch wurden auch viele Unschuldige, oder solche, die hätten wiedergewonnen werden können, zu unangemessenen Strafen verurteilt, und der Prozeß der Entstehung und des Machtstrebens einer kleinbürgerlichen Bürokratie konnte dennoch nicht gestoppt werden.

Maotsetung hat aus dieser Entwicklung hervorragend gelernt und den Klassenkampf, die Revolution unter den Bedingungen des Sozialismus weitergeführt und weiterentwickelt: Erweiterung der Massendemokratie, Erweiterung des ideologischen Kampfes, Erweiterung der revolutionären Massenbewegung auch gegen die neuen bürgerlichen Elemente in der Partei selbst - führt zur Vertiefung und Festigung der Diktatur des Proletariats, gleichzeitig zu ihrer Höherentwicklung in ihrem Prozeß des Absterbens.

Allerdings muß man sagen, daß diese Lehren mit ihrer großartigen Schlußfolgerung, der Kulturrevolution, zur Zeit Stalins nicht so eindeutig zu ziehen waren, hatte doch die gesamte kommunistische Weltbewegung noch wenig Erfahrung im Aufbau des Sozialismus. Es sollte niemand so überheblich sein und sagen, er hätte es damals besser gemacht.

4) **Klugscheißerei können wir in dieser Diskussion nicht gebrauchen.** Die *"schwarze Distel"* hat allerdings überhaupt keine Hemmungen dabei. Sie ist imstande, die gesamte reaktionäre Geschichtsschreibung über den 2. Weltkrieg (einschließlich der leeren Wortfluten eines Hugo Portisch) in einem einzigen kurzen Absatz abzuschreiben (Hitler-Stalin-Pakt, Polen, Zusammenarbeit mit Gestapo etc.). Das ist die einzige bemerkenswerte Leistung in ihrem Leserbrief. Es lohnt sich, eine Kostprobe davon zu geben: *"Unter Umständen hätte die Rote Fahne schon 20 Jahre vorher am Berliner Reichstag wehen können!"* empört sie sich gegen die *"Politik Stalins"*.

Wenn man berücksichtigt, daß 1925 in Deutschland nicht einmal eine revolutionäre Situation herrschte, geschweige denn eine Revolution stattfand, deren Sieg Stalin vereitelt haben soll, dann ist das eine kühne Behauptung. Wenn man aber weiß, daß der letzte revolutionäre Stoß, der Hamburger Aufstand von 1923, von eben jenem *"Stalinisten"* Thälmann organisiert und angeführt wurde, und von eben jenem Herrn Brandler im ZK der KPD abgewürgt wurde, der ein erbitterter Gegner der Kommunistischen Internationale und Stalins war, dann erweist sich die gesamte hochtrabende Argumentationslinie als platte Erfindung und völlig inhaltsleer.

5) **Man sieht, die journalistische Methode des Artikels beruht auf der Hoffnung, der Leser sei nicht informiert, oder trotz Information dumm.** Die *"undogmatischen Dogmatiker"*, wie sich die Autoren kokett selbst nennen möchten (man vergleiche: die unmarxistischen Marxisten, aber auch: die unschwangere Schwangere ...) zitieren Marx und Lenin wie die Jongleure im Fernsehen Flaschen, Kugeln, Teller, Ringe durch die Luft werfen und erwarten, daß die Arbeiterklasse vor soviel Geschick und Künstlichkeit *"Aah!"* ruft.

Dennoch, scheint mir, hat diese lächerliche Methode Sinn: Menschen mittels Halbwahrheiten, Lügen, ja eigens erdichteten Fakten - zu mißbrauchen. Wofür?

★ Der Sozialismus soll von der Arbeiterklasse und ihrer materiellen Grundlage (der industriellen Großproduktion) losgetrennt und im Reich willkürlicher bzw. kleinbürgerlicher Utopien angesiedelt werden.

★ Schon vorsorglich wird ein heftiger Abwehrkampf geführt gegen die revolutionäre Forderung des Sozialismus *"jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung"*, insbesondere gegen die kollektive Disziplin und Kontrolle dieses Arbeitsprinzips.

★ Die Geschichte des Sozialismus in diesem Jahrhundert soll, *"marxistisch"* untermauert, in ihrer bürgerlichen Sichtweise festgeschrieben werden; Hugo Portisch als Lehrmeister der internationalen Arbeiterbewegung.

★ Mit der programmatischen Trennung der *"individuellen Gefühlswelt"* von der Politik wird jener Freiraum für die kleinbürgerliche Denkweise beansprucht, der es erlaubt, die Revolution im Munde zu führen, das Herz aber nicht bei den Massen, sondern bei sich selbst zu haben.

Man könnte sagen, auf solche Mitkämpfer können wir verzichten, wenn sie sich nicht dauernd aufdrängen würden. Also sagen wir: okay, Leute, macht mit, wir empfangen euch sogar mit offenen Armen! Aber es gibt eine objektive Bedingung, die von unser aller Willen unabhängig ist: Nicht nur unseren Bücherschrank, auch unsere Denkweise einschließlich unserer Gefühlswelt müssen wir revolutionieren. Gerade die Geschichte des Sozialismus in diesem Jahrhundert hat es bewiesen: Man muß die Massen wirklich lieben, wenn man sich an der revolutionären Arbeit ernsthaft beteiligen will ...

INTERIM 262/18.11.93

Überlegungen zu der Aktion gegen das "Auerbach", zu Handgranaten und anderem

Am 19.10.1993 berichteten sämtliche Berliner Zeitungen, daß in der Nacht zuvor eine Handgranate im Nobelrestaurant Auerbach in Kreuzberg explodiert war. Der Sachschaden beträgt nach Angaben der Bullen 100.000 DM.

Geschichte des Auerbachs und der Kreuzberger Einrichtungen für Yuppies und andere Reiche

(Langjährige, versierte KreuzbergerInnen sollten diesen Teil überspringen, um nicht einzuschlafen. Ist eher für Ortsunkundige gedacht.)

Das Auerbach ist ein Feinschmeckerrestaurant, das seit ca. 4 Jahren am Rand von Kreuzberg existiert. Ein Hauptgericht kostete dort vor 2 Jahren durchschnittlich 32,50 DM (Angaben der "Berliner Morgenpost"), Miniportionen, wie's sich für FeinschmeckerInnen gehört, versteht sich.

Einige Restaurants dieser Preisklasse sind in den letzten Jahren in Kreuzberg entstanden. Sie waren nicht nur eine, sondern, gelinde ausgedrückt, zwei Nummern zu "groß" für die Geldbeutel der allermeisten KreuzbergerInnen und im Vergleich zu den Restaurants, die es bis dahin gab. Für viele standen diese Nobelläden in direktem Zusammenhang mit dem Versuch, durch Anhebung der Mieten für Wohnraum (Wegfall der Mietpreisbindung in Berlin), durch Modernisierung der Wohnhäuser und Verteuerung der Gewerbe- und Ladenmieten Kreuzberg in einen sauberen, für Besserverdienende attraktiven Kiez zu verwandeln. Dazu gehört natürlich auch eine entsprechende Infrastruktur: teurere Läden, Cafés und Restaurants.

Das Auerbach war als Teil dieser Umstrukturierung des Kiezes vielen KreuzbergerInnen ein Dorn im Auge.

Mit dem Zusammenbruch der DDR fand sich Kreuzberg plötzlich in der Mitte des wiedervereinigten Berlins wieder, womit endgültig klar war, daß dieser Bezirk nicht mehr lange bleiben würde, was er einmal war.

Als das Auerbach eröffnete, hatten die BetreiberInnen des Maxwell Berlin schon wieder verlassen. Das Maxwell war eines der ersten Nobelrestaurants in Kreuzberg. Einige Liter Scheiße hatten ihnen die Oranienstraße als Standort sprichwörtlich versaut (Aktion "Kübel").

Auch das Auerbach sollte nicht ungeschont davonkommen: Am 14. Juli 91 verließen ca. 15 "autonome RestauranttesterInnen" das Auerbach nach einem ausgiebigen Essen mit dem Hinweis, die Rechnung solle Frau Süßmuth, Herrn Waigel oder Herrn Diepgen geschickt werden. Ungeachtet der 50 DM Trinkgeld, die sie für die Bedienung hinterließen, solidarisierte sich diese sofort mit ihrem Chef und verfolgte die autonomen TesterInnen in einem PKW, ohne sie jedoch zu erwischen.

Doch ab und zu eine Mahlzeit auf Rechnung des Hauses macht einen Ladenbesitzer noch lange nicht pleite.

Am 5. Oktober 91 kam es zu einem Kübel-come-back. Mit der gleichen Argumentation, mit der Jahre zuvor den Gästen des Maxwell Scheißekübel vor die Schuhe gekippt wurden ("es paßt uns nicht, daß unsere zunehmende Armut als Exotik verkauft wird"), wurde den BesucherInnen des Auerbachs ein "Pigeon à l' olympique" serviert:

3 madengefüllte Tauben, 2 Kilo Pferdemist, 1 Kilo Fleischmaden, 2 Kilo Hundefutter (Kutteln), 2 Kilo Blättermagen und

2 Liter Wasser, in einem luftdichten Gefäß einen Monat lang durchzogen, ganz in schwarz aufgetragen. Damit die Gäste auch lange was von diesem einmaligen Gericht hatten, wurde der Ausgang des Restaurants mit einem Fahrradschloß verschlossen. So konnte auch niemand den KöchInnen nachstellen.

Resultat der Aktion war, daß es eine zeitlang im Auerbach sogenannte Einlaßkontrollen gab. Die Tür war verschlossen. Gäste mußten klingeln, um ins Restaurant zu kommen und sich am Eingang begutachten lassen. Aber das fanden die Damen und Herren vielleicht sogar noch aufregend.

Ein Jahr später wurde der Laden wieder besucht und die nette Atmosphäre mit Rauchbomben vernebelt.

Festzustellen blieb, daß sich die BetreiberInnen des Auerbachs offensichtlich in den Kopf gesetzt hatten, in Kreuzberg zu bleiben und mit einfachen Mitteln nicht zu erschrecken waren.

Inzwischen hat sich die gesamte Kneipen- und Läden-Scenerie in Kreuzberg merklich verändert (verteuert). Vor allem gibt es jetzt insgesamt mindestens fünfmal so viele Gastronomiebetriebe und Läden wie vor einigen Jahren, was auch dadurch möglich wurde, daß ehemals als Wohnraum genutzte Ladenwohnungen gekündigt wurden.

Die BetreiberInnen des Auerbachs wissen sich also mittlerweile in guter Gesellschaft.

Die beschriebene Entwicklung wurde in linken, autonomen Kreisen zwar argwöhnisch betrachtet, aber nirgends war eine Kraft in Sicht, die dem tatsächlich etwas entgegensetzen konnte.

Eine weitere Nobelkneipe (das "Exil") wurde noch "gekübelt", ebenfalls ohne weitergehenden Erfolg. Ansonsten war es ruhig geworden um die Einrichtungen der Yuppies und Reichen.

Die letzten Anschläge

In diese Ruhe krachte am 18.10.93 eine Handgranate und sorgte nicht nur in der Presse für Wirbel. 100.000 DM Sachschaden, das war eine enstgemeinte Aufforderung, den Laden zu schließen.

Leider hat sich inzwischen herausgestellt, daß das Auerbach auch diesen Schaden verkraftet und weitermacht.

Um es vorwegzunehmen: Der Anschlag ist unserer Meinung nach eine sinnvolle Fortsetzung der schon gelaufenen Aktionen. Daß sich die BetreiberInnen nicht durch einen Eimer Scheiße aus der Fassung bringen lassen, hatten sie längst gezeigt. Sollten sie sich tatsächlich vertreiben lassen, dann nur durch eine ernsthafte Bedrohung.

Zwei Tage später detonierte eine mit Sprengstoff gefüllte Taschenlampe an der Außenfront des Schaufensters eines teuren Feinschmeckerladens, der italienische Spezialitäten verkauft: "Alimentari & Vini" in der Skalitzerstraße. Vor Ort wurde ein Vermerk hinterlassen, daß dies die letzte Warnung sei und die Aufforderung, den Kiez bis zum Januar 94 zu verlassen.

Als der Laden vor Jahren eröffnete, war er schon relativ teuer, aber mittlerweile sind die Preise dermaßen gestiegen, daß ein Teil der Kundschaft ausblieb und nur noch wohlhabende Leute dort einkaufen können. Die Aktion gegen den Besitzer Blumhagen, der seit Mai dieses Jahres auch Eigner eines teuren Restaurants in der ehemaligen TAZ-Kantine in der Kochstraße ist, war ebenfalls nicht die erste: Ihr gingen Warnungen und das Abbrennen eines Autos voraus.

Zu den Aktionen gegen das Auerbach und Alimentari & Vini bekannte sich laut Presse die Gruppe "Klasse gegen Klasse". Ein Bekennerschreiben wurde bisher nirgendwo veröffentlicht. Die Berliner Morgenpost warb am 27.10. mit dem Titel: "Terror in Kreuzberg - Autonome werden immer brutaler", und die BZ wußte am 19.10. vom "Chaoten-Krieg in Kreuzberg" zu berichten. Insgesamt waren die Pressemeldungen alle sehr eindeutig. Kein Rätselraten, um was es da gehen könnte. Es wurde sehr deutlich, daß sich die Aktion gegen teure Restaurants richtet und daß es Leute gibt, die bereit sind, diese aus Kreuzberg zu vertreiben. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang an viele vorausgegangenen Aktionen gegen das Auerbach oder ähnliche Läden erinnert. Insgesamt hatte sich der Anschlag also gut vermittelt.

Alle, die schon immer etwas gegen ein "sauberes" Kreuzberg hatten, die tatsächlich in vielen Schaufenstern nur noch die Auslagen begutachten können, deren Geldbeutel dem Milchkaffee für 4 Mark aufwärts nicht mehr gewachsen sind, hatten Grund sich zu freuen. Auch alle, die schon immer mit dem Kampf der Umstrukturierung solidarisch waren und selber die eine oder andere Aktion unterstützten, hätten begeistert sein müssen. Doch dem war nicht so.

In einigen Teilen der Scene wurde insbesondere die Aktion gegen Auerbach relativ mißbilligend zur Kenntnis genommen:

Einen Hauptstreitpunkt stellt dabei die Verwendung einer Handgranate in diesem Zusammenhang dar. Anscheinend herrscht große Unklarheit darüber, was eine Handgranate überhaupt ist, welche Wirkung sie erzeugen kann, wie zielsicher und genau sie eingesetzt werden kann. Den Spekulationen vieler Autonomer nach handelt es sich dabei schon um schweres Kriegsgerät mit verheerender Sprengkraft. Schon allein die Tatsache, daß eine Handgranate kein autonomes Selbstelaborat, sondern eine industriell hergestellte militärische Waffe ist, läßt sie in ablehnungswürdigem Licht erscheinen.

Das ist uns, ehrlich gesagt, zu assoziativ bzw. spekulativ.

Was ist eine Handgranate?

Es gibt eine ganze Reihe von Frauen und Männern, die sich schon mal mit dieser Waffe beschäftigt haben, sei es in der vormilitärischen Ausbildung in der Ex-DDR, bei der NVA oder Bundeswehr oder, indem sie sich welche besorgt und getestet bzw. sich darüber informiert haben. Viele, besonders Westautonome und jüngere Leute jedoch haben wenig bis gar keine Ahnung davon und denken bei einer Handgranate gleich an etwas größeres wie etwa an eine Panzerfaust.

Wir gehen nicht davon aus, daß die Handgranate, die ins Auerbach geworfen wurde, die einzigste sein wird, die je aus linken politischen Zusammenhängen heraus geworfen werden wird. Außerdem finden wir eine Handgranate als ein für viele Vorhaben gar nicht so ungeeignetes Mittel. Deshalb erklären wir einiges zu ihrer Funktions- und Anwendungsweise:

Eine Handgranate besteht aus einem etwa faustgroßen Metallei, welches mit 150 - 200 Gramm TNT gefüllt ist. Diese Menge ist **nicht wirklich** ausreichend, um Wände oder Decken eines durchschnittlichen Wohnhauses hierzulande zum Einstürzen zu bringen.

Ins Innere der Handgranate wird ein Zünder geschraubt, der selber eine kleine Portion Sprengstoff enthält. Der Zünder enthält einen Mechanismus, der, wenn er entsichert wird, die kleine Portion Sprengstoff am Ende des Zünders zündet, die wiederum den Sprengstoff in der Handgranate (Metallei) zündet.

Eine Handgranate löst eine Druckwelle aus, die sich relativ gleichmäßig verteilt (da keine Verdämmung in eine bestimmte Richtung). Sie kann, in einen Raum geworfen, das Inventar, das in unmittelbarer Höhe der Detonation rumsteht, zerstören. Die Größe des Schadens richtet sich nach der Größe des Raums und der Anzahl der Fenster, durch die die Druckwelle natürlich als erstes entweicht. Das Auerbach ist ein relativ großer Raum mit großer Fensterglasfront, dementsprechend war die Zerstörung im Raum selbst relativ gering, wie man auch im Fernsehen sehen konnte. Die Höhe des Sachschadens kam dort v.a. durch den Bruch der besonders teuren bleigerahmten Schmuckfenstergläser zustande.

Das Auerbach befindet sich im Parterre eines Wohnhauses. Eine der Befürchtungen war, daß die Menschen, die darüber schliefen, durch den Anschlag gefährdet waren. Dies müßte nach vorangegangenen Erklärungen aus dem Weg geräumt sein. Handgranaten sind eigentlich von ihrer militärischer Bestimmung her nicht dazu gemacht, um Sachschaden in Räumen anzurichten, sondern um den "herannahenden Feind" (nicht unsere Wortschöpfung) auf offener Straße o.ä. zu stoppen. Für andere Zwecke wurden sie hierzulande bislang nur von Mafiakreisen verwendet.

Wir nehmen an, daß diejenigen, die die Aktion gegen das Auerbach gemacht haben, dieses Mittel mehr als ernstgemeinte Drohung gemeint haben, als daß es ihnen auf die Höhe des Sachschadens ankam.

Es gibt eine weitere Form der Handgranate, die Splittergranate. Sie ist mit einer dicken eingekerbten Metallummantelung umgeben. Diese Granate setzt aus dieser massiven Ummantelung zusätzlich noch Metallsplitter frei, die sich in einem gewissen Umkreis überall hineinbohren.

Die/der WerferIn einer einfachen Handgranate muß bei deren Detonation mindestens 10 Meter entfernt sein, damit keine Lebens- oder größere Verletzungsgefahr besteht. Je weiter weg, desto besser. Splittergranaten müssen aus einer sicheren

Deckung heraus geworfen werden, damit du selbst keine Splitter abbekommst. Als Deckung reicht eine Wand bzw. ein Auto, wenn du deinen Körper gesamt dahinter verbirgst.

Alle Handgranaten haben eine Sicherung ähnlich der bei großen CS-Gas-Ausführungen. Nach dem Ziehen dieses Sicherungsdrahtes, der einen Bügel hochschnellen läßt (wenn man ihn nicht mehr mit der Hand weiter andrückt), bleiben noch 6 Sekunden Zeit bis zur Detonation.

Du kannst den Metallbügel, der von der Sicherung runtergedrückt wurde, selbst erst mit der Hand andrücken und dann die Sicherung rausziehen. So schnellt der Bügel nicht hoch, der Zündmechanismus wird nicht ausgelöst und du könntest die Handgranate theoretisch noch beliebig lange in der Hand halten. (Das ist vielleicht einigen aus Filmen bekannt, wo z.B. der Erpresser die Granate [Sicherung raus, Bügel jedoch angedrückt] in der Hand hält und damit droht, bei Nichteinhaltung bestimmter Bedingungen sich selbst und die Geiseln in die Luft zu jagen.) Vom Zeitpunkt, wo der Bügel losgelassen wird (und das braucht ja erst durch Wegwerfen und damit Loslassen des Bügels sein), ist noch genug Zeit, sich zu entfernen.

Es ist also sehr wohl möglich, mit einer Handgranate zuverlässig und sicher umzugehen und ihre Wirkungsweise einzuschätzen. Es ist ja kein Geheimnis, daß einige Zeit nach der "Wende" Handgranaten und andere Waffen relativ günstig und ohne großes persönliches Risiko erstanden werden konnten. Die Zeitungen berichteten hin und wieder davon, wenn Waffen aus den Restbeständen der Roten Armee bei Durchsuchungen gefunden wurden (bei Rechten und Militariafreaks). Es bleibt zu hoffen, daß die Linken nicht wieder alles verschlafen haben.

Wenn solches Material zu haben ist, fänden wir es sinnvoll, wenn gerade die Linke sich damit beschäftigt, welche Dinge sie gebrauchen könnten, sich informieren und gegebenenfalls Bestände anlegt. Wir finden es falsch, Waffen oder industriell hergestellte Sprengsätze wie z.B. die Handgranate abzulehnen, weil sie in erster Linie vom Militär verwendet werden und hoffen, daß wir mit unseren Ausführungen Handgranaten erfolgreich entmystifiziert haben.

Wir gehen davon aus, daß sich die Gruppe, die den Anschlag gegen das Auerbach gemacht hat, mit dem Mittel vorher vertraut gemacht hat. Schade, daß sie dazu nichts schreiben. Das könnte nämlich dazu beitragen, einer Hierarchie der Mittel und ihrer Mystifizierung entgegenzuarbeiten und daß sich mehr Frauen und Männer überlegen, ob und wie auch sie damit verantwortlich umgehen können.

Die Anwendung einer Handgranate war für diejenigen, die die Aktion durchgeführt haben, bestimmt wesentlich sicherer, als wenn sie in das mit Alarmanlage versehene Lokal eingedrungen wären, um es dort eigenhändig zu Klump zu hauen (was wiederum eher einer autonomen Aktionsform entspricht). Dies hätte viel Lärm gemacht, viel Zeit beansprucht, alles Faktoren, die gegen eine sichere Durchführung einer Aktion sprechen.

Weitere Kritiken im Zusammenhang mit der Aktion gegen das Auerbach

Wenn die bisher genannten Argumente immer noch nicht in der Lage sind, die Mißbilligung der Aktion zu revidieren, dann handelt es sich unserer Meinung nach bei den KritikerInnen entweder um solche, die das politische Konzept der Gruppe, die den Anschlag laut Presse durchgeführt hat ("Klasse gegen Klasse"), genauso wie einzelne ihrer Aktionen ablehnen und denen es nicht mehr gelingt, die Anwendung dieses Mittels gegen das Auerbach losgelöst davon zu sehen. Ein anderer Grund für die Ablehnung der Aktion seitens vieler Autonomer ist die Meinung, es politisch falsch zu finden, ein Lokal wie das Auerbach ernsthaft (konsequent) anzugreifen, aber dazu später.

"Klasse gegen Klasse"

Für die, die noch nie etwas von "Klasse gegen Klasse" gehört haben, hier eine kurze Zusammenfassung:

"Klasse gegen Klasse" ist die einzigste Berliner Gruppe, die seit längerer Zeit kontinuierlich unter gleichem Namen Aktionen durchführt und somit eine nachvollziehbare Praxis hat. In einer Broschüre erklären sie zum ersten Mal ihr theoretisches und praktisches Konzept:

Wie der Name schon verrät, bezieht sich die Gruppe auf das Proletariat, das sie in ihrem Papier teilweise neu definiert (Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie Mittelschichtsangehörige, die sich in ihrem Verhalten eindeutig parteilich für das Proletariat zeigen).

Sexismus und Rassismus existieren für sie als Spaltungsmechanismen der ausgebeuteten Klasse. Diese müssen überwunden werden, um die Formierung einer einigen Klasse, die gegen ihre Ausbeuter kämpft, zu gewährleisten. Wie das geschehen soll, steht in den Sternen, im Gegensatz zum Kampf der "einigen Klasse" gegen die Ausbeuter, von dem die Gruppe genauere Vorstellungen entwickelt. Ausgebeutete und die herrschende Klasse stehen sich relativ klar umrissen als Gut und Böse gegenüber. Wenig bis kein Wort zur inneren Befindlichkeit des Proletariats, dessen Rassismus, Kulturchauvinismus, Moral- und andere Wertevorstellungen, wo sich das Proletariat mit der ökonomisch herrschenden Klasse die Hand reicht. Nichts zu sexuellen Mißbrauch an Mädchen und Jungen, zu Kindesmißhandlung, der proletarischen Männern (und auch Frauen) genauso eigen ist wie Vertreter(innen) anderer Klassen auch und viele Sachen mehr.

Inhaltlich also nicht besonders einschlagend das Konzept und für viele Frauen und Männer verständlicherweise inakzeptabel. Dazu kommt noch der martialische, etwas aufgesetzt wirkende Sprachgebrauch der Gruppe, der auf keinen Fall notwendig wäre, um die Dinge krass auf den Punkt zu bringen.

"Klasse gegen Klasse" will mit ihren Aktionen die "Zerschlagung der proletarischen Bezirke" verhindern, auf die sie sich positiv beziehen. Erstens finden wir Kreuzberg keinen typisch proletarischen Bezirk. Kreuzberg wurde viel von der linken Bewegung der 70er und 80er Jahre, die relativ außerhalb des Proletariates stand, geprägt. Ein typisch proletarischer Bezirk ist für uns eher Neukölln.

Außerdem können wir mit dem Begriff "proletarisch" nichts an sich Gutes verbinden. Viele Formen und Ideale des proletarischen Lebens lehnen wir total ab. Wir kommen aus mehr oder weniger proletarischen Kreisen und haben an unsere Kindheit und unsere Umgebung keine unbedingt positive Erinnerung. Die Scheiße, die da gelaufen ist, können wir auch nicht dem Druck oder der Manipulation durch die Ausbeuterklasse zuschieben, sondern sehen darin andere Ursachen. Auch die sog. "kleinen" Frauen und Männer haben eigene Gründe und Interessen, warum sie gewisse Dinge tun und andere nicht, sie sind nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der Ausbeutung und Macht.

Die Mißachtung der Freiheit, Eigenständigkeit und die fehlende Wertschätzung von Frauen, der Arbeits- und Familienethos, die rassistische Hetze und die für jede kleinste Verbesserung in Kauf genommene Zerstörung der Umwelt (z.B. der Autowahn), die uns überall in den proletarischen Kreisen begegnete, hat genauso dazu beigetragen, daß wir für Veränderungen kämpfen wollten, wie die Tatsache, daß hier Reiche auf Kosten von Armen leben und daß der Wohlstand der BRD insgesamt nicht ohne die Ausbeutung großer Teile der Trikontländer zu denken wäre (was unsere proletarischen Eltern auch nicht groß interessiert hat). Es geht nicht an, einige Formen der Ausbeutung und der Unterdrückung als die kapitalistische Unterdrückung mal so eben nebenbei überwunden werden und nichts Trennendes zwischen den Menschen darstellen.

Keine Ahnung, warum ihr von "Klasse gegen Klasse", die ihr doch bestimmt zum Teil auch aus dem Proletariat kommt, das alles nicht wahrnehmt. Vielleicht seid ihr behütet aufgewachsen und habt nicht den Haß gegen eure Alten, gegen die proletarischen Scheißstrukturen. Vielleicht können Jungen und Männer aus dem Proletariat es auch nicht nachvollziehen, wenn Mädchen und Frauen aus eben dieser Klasse nur noch reindreschen könnten, wenn sie an bestimmte Sachen aus ihrer Kindheit und Jugend denken, und wenn sie sehen, was heute noch in der Verwandtschaft abgeht. Es gibt wenig positives an den (um mit eurem Begriff zu reden) proletarischen Lebensstrukturen, das es wert wäre, verteidigt zu werden. Ihr steht dem kritiklos gegenüber, eure Politik bleibt, wenn sie diese Dinge nicht beim Namen nennt und verändern will, konservativ. Es geht vielmehr um die Zerstörung der ganzen Wertevorstellungen und um den Aufbau von anderen, neuen (von uns aus auch proletarischen) Lebensstrukturen.

Praxis von "Klasse gegen Klasse"

Praktisch war "Klasse gegen Klasse" in dem letzten Jahr sehr aktiv. Sie fackelten teure Bonzenschlitten ab, die in Kreuzberg rumparkten oder solche von regionalen Funktionsträgern, die für die Politik der Umstrukturierung verantwortlich waren.

Ein weiteres Angriffsziel war der Wagen eines Rep-Spitzenkandidaten vor der BVV-Wahl.

Im Juni 1993 führte "Klasse gegen Klasse" eine Drohbriefaktion gegen privatmodernisierte DachgeschoßbewohnerInnen in Kreuzberg und gegen ihrer Meinung nach überteuerte Läden in der Oranienstraße durch.

Der private Dachgeschoßausbau ist erst in den letzten Jahren in Kreuzberg gestattet worden (Mieten bis zu 20 DM pro m^2) und es war von vornherein klar, daß die bisherigen BewohnerInnen der Häuser diese Luxuswohnungen nicht finanzieren können. Zu einem großen Teil werden sie auch gar nicht vermietet, sondern verkauft. Gegen diejenigen, die jetzt hier Eigentumswohnungen kaufen und in die teuren Dachgeschosse einziehen, haben eigentlich viele Leute was.

Blöderweise sind "Klasse gegen Klasse" einige Ungenauigkeiten unterlaufen (wie sie nachträglich selbst erklärten) und einige, die nicht bedroht werden sollten, bekamen den Brief trotzdem. Diese Ungenauigkeiten und die martialische Sprache in den Drohbriefen ließ bei vielen große Zweifel aufkommen, ob sie sich mit Aktionen von "Klasse gegen Klasse" solidarisieren können und brachte die Gruppe in Mißkredit. So gab es auch aus autonomen Kreisen (von denen sich "Klasse gegen Klasse" abgrenzt) einen Haufen Kritiken, zu denen die Gruppe in der Interim Stellung bezog. Ihr Schreiben endet mit der Passage:

"... die ablehnung gegen uns, die nun innerhalb der selber mittelschichtsdominierten autonomen scene laut wird, ist nicht nur wegen der ungenauigkeit der briefaktion verständlich. während wir die ober- wie auch die mittelschicht in kreuzberg als treibende kräfte der zerschlagung proletarischer lebensstrukturen sehen, betrachten teile der autonomen stadtteilkämpfer/innen vor allem die "bonzen" als eigentliche gegner im kampf gegen die umstrukturierung, die mehrheit des pseudoalternativen mittelschichtsmilieus als potentielle verbündete. auch wenn unsere politischen einschätzungen in einigen punkten unterschiedlich sind, so stehen wir doch auf der gleichen seite der barrikade." Die Einschätzung gewisser Mittelschichten trennt "Klasse gegen Klasse" mit eigenen Worten von den Autonomen, und nicht zuletzt die praktischen Aktionen, die sie von vielen ihrer politischen KritikerInnen vermissen (wie sie an anderer Stelle schreiben). So schlecht wir die theoretischen Ausführungen der Gruppe finden, so wenig, wie wir uns in der momentanen Situation auf den Kampf gegen die Umstrukturierung von Kreuzberg als Hauptthema einschwören können und wollen, mit ihrer Kritik an weiten Teilen der Autonomen hat die Gruppe recht. Es ist still geworden um die Autonomen, nicht nur in Kreuzberg.

Wie ernst sind die Parolen gegen die Umstrukturierung, Mietensteigerung, Spekulation etc. gemeint?

Obwohl immer wieder und bei jeder Aktion gegen das Auerbach genauso wie gegen andere Nobel-Restaurants die Forderung aufgestellt wurde, daß das Lokal dichtmachen solle, hat es doch nie eine konsequente Praxis dazu gegeben, die den BetreiberInnen der Läden tatsächlich ihr Geschäft zerstört hätten ("Maxwell" war der einzigste Erfolg).

In allen Bereichen, zu denen Autonome arbeiten, werden politische Forderungen aufgestellt. Oft sehr deftige Parolen, die, wenn man sie ernstnimmt, einiges an Konsequenz bezüglich ihrer Umsetzung verlangen würden. ("Miethaie zu Fischstäbchen", "Spekulanten raus") Vieles bleibt Verbalradikalismus. Meist fehlt uns die Stärke, diese durchzusetzen und unsere Angriffe bleiben Propagandaaktionen, die deutlich machen sollen, wogegen wir unsere Agressionen wenden und wofür wir kämpfen.

Es ist natürlich nicht gerade motivierend, immer nur da- und dorthin zu pieksen, anstatt wirklich etwas durchzusetzen. Das zeigt sich schon allein daran, wie ausschweifend alle von den wenigen, kleinen materiellen Erfolgen schwärmen, die sie hier oder da mal miterlebt bzw. erzählt bekommen haben.

Wenn irgendwie realistisch die Möglichkeit besteht, etwas durchzusetzen, was auf dem Weg zum Ziel liegt, dann sollten wir alles versuchen, um das zu tun.

Wir haben das Gefühl, daß zu viele Autonome sich schon mit ihrer Machtlosigkeit und ihren eingeschränkten Möglichkeiten abgefunden haben und gar nicht mehr in eine solche Richtung überlegen und daß zusätzlich die Ansprüche an eine Aktion manchmal so dermaßen hoch gestellt werden, daß kaum noch etwas richtig und verantwortlich erscheint. Damit entfernen sich gestandene Autonome bzw. Linke immer weiter von denen, die tatsächlich das Bedürfnis haben, sich gegen bestimmte Zustände zur Wehr zu setzen und dieses auch tun, die vielleicht auch autonome Postulate ernster nehmen, als sie wohl gemeint waren.

In den letzten Jahren hat sich Kreuzberg rasant verändert, und wir haben uns alle mehr oder weniger daran gewöhnt, zumindest die, die noch hier sind und nicht in den noch immer billigeren Ostteil der Stadt ausgewandert sind.

Trotzdem haben noch nicht alle aufgegeben, der Umstrukturierungsmaschinerie Einhalt zu gebieten. Außerdem wird nicht nur in Kreuzberg zerstört und vertrieben und sich dagegen gewehrt. So gab es in den letzten Jahren unter den Slogans "Verhindern wir die Olympiade in Berlin", "Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke" ... immer wieder Aktionen gegen die Zerstörung der Kieze und die Vertreibung der ärmeren Leute bzw. für den Erhalt von besetztem oder gemietetem Wohnraum. Auf einer gewissen Ebene sind diese Kämpfe schon immer Bestandteil autonomer Politik gewesen und als solche akzeptiert.

Wir haben jedoch den Eindruck, daß es in den Kämpfen zu den verschiedenen Themen gewisse Hierarchien gibt und ungeschriebene autonome Gesetze. Zum Beispiel, daß der Kampf der Umstrukturierung derzeit niedriger bewertet wird als der gegen Rassismus (fällt nicht so richtig unter 3:1?) und daß sich daraus ableitet, welche Mittel gebilligt werden. Im Falle "Auerbach" wird z.B. ein entschiedenes Vorgehen gegen die BetreiberInnen abgelehnt, das akzeptierte Niveau beläuft sich auf sog. "Schmunzelaktionen" wie z.B. "kübeln". Wäre eine Handgranate in eine Behörde geflogen, die für die Abschiebung von Flüchtlingen verantwortlich ist, so wäre das eher auf Zustimmung gestoßen (vielleich auch, wenn sie in ein Planungsbüro z.B. eines Kiezumstrukturierers geflogen wäre). Wobei wir schon bei einer weiteren für uns inakzeptablen Hierarchie wären: Angenommen, die Handgranate in die Abschiebungsbehörde wäre dann noch von den traditionellen RZs geworfen worden, so hätte es kaum Bedenken gegeben, daß die Gruppe etwa unverantwortlich gehandelt habe und daß Handgranaten eine zu ungenaue Waffe sind. (Mal ganz abgesehen davon, daß eine einzige Handgranate dort so gut wie nichts bewirkt hätte.)

Bestimmte Mittel und Waffen sind im autonomen Denken untrennbar mit bestimmten Gruppen verbunden (z.B. scharfe Knarren mit der RAF, evt. noch RZ). Das erklärt sich schon allein daher, daß andere linke Gruppen hierzulande solche Waffen kaum benutzen. Soweit nachvollziehbar. Wir denken jedoch, daß diese Verknüpfung mittlerweile dazu führt, daß anderen Gruppen ein verantwortungsvoller Umgang mit solchen Mitteln abgesprochen wird, und daß es zu erheblichen Protesten kommen wird, sobald "Unbekannte" dazu greifen (denkbar in der derzeitigen politischen Situation, daß z.B. Gruppen sich gegen Faschisten stärker bewaffnen, mit Schußwaffen beispielsweise). Die aus der Ablehnung resultierende Entsolidarisierung liegt auf der Hand, und das fänden wir gefährlich.

Ein Grund der Ablehnung der Auerbach-Aktion liegt unseres Erachtens darin, daß "Klasse gegen Klasse" genauso wie anderen linke Gruppen eine verantwortliche und sinnvolle Verwendung von härteren Mitteln abgesprochen wird. Das finden wir falsch. Wir wollen, daß die Linke über Waffen informiert ist, daß Erfahrene die Anwendung für viele nachvollziehbar erklären und daß die Kriterien, die im Laufe der linken Geschichte mit dem Einsatz von bestimmten Mitteln erworben wurden, weitergegeben werden.

Daß sich irgendwelche Idioten bewaffnen und Scheißaktionen durchführen, können wir nicht verhindern, indem wir zu dem Thema schweigen.

Wenn wir tatsächlich politisch etwas erreichen wollen, ist es auch nicht sinnvoll, eine bestimmte Härte der Konfrontation in der BRD zwei Zusammenhängen (die es außerdem nur noch teilweise gibt) zu überlassen.

Auf daß mit einem freieren Kopf an neue Mittel und Möglichkeiten herangegangen wird, in alle Richtungen.

Es grüßt die Frauengruppe
"Banane gegen Banane"